

(Beginn: 16.00 Uhr - Ende: 19.33
Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ein herzliches Willkommen allen hier im Ratsaal!

Ich möchte gleich vorweg sagen, warum wir verspätet anfangen: nicht etwa deswegen, weil hier gerade geklatscht wurde, um mich zu ermuntern, endlich die Sitzung zu eröffnen, sondern weil noch Gesprächsbedarf bestand. Das ist auch legitim. Es ist bei uns in der Demokratie so, dass wir bis zum Schluss miteinander reden und verhandeln.

Meine Damen und Herren, hiermit eröffne ich die 16. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse - eine Vertreterin der Presse, Frau Happe -, die Bezirksbürgermeister Herrn Hupke und Herrn Zöllner und natürlich meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder des Rates der Stadt Köln. Herzlich willkommen!

Besonders begrüßen möchte ich heute die Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Rodenkirchen, der Edith-Stein-Realschule aus Nippes und des Gymnasiums Thusneldastraße aus Deutz.

(Beifall)

Am 24. November 2015 werden sie hier im Rathaus am 15. Tag der Jugend teilnehmen. Diese Veranstaltung für Jugendliche im Rathaus haben wir vor Jahren geschaffen.

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Wo ist es denn? - Eva Bürgermeister, herzlichen Glückwunsch von uns allen!

(Beifall)

Wer hat schon so viele Geburtstagsgäste am Nachmittag?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Ratssitzung ist eine ganz besondere Ratssitzung. Normalerweise wäre hier ein anderes Namensschild zu sehen, und an meiner

Stelle würde unsere Oberbürgermeisterin Henriette Reker sitzen. Wegen des feigen Attentats am 17. Oktober 2015 ist ihr das heute leider noch nicht möglich.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich stellvertretend für alle demokratischen Kräfte im Rat zunächst eine Erklärung abgeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das feige, menschenverachtende Attentat auf Frau Oberbürgermeisterin Reker und die anderen Opfer hat mich zutiefst getroffen. Es ist ein Anschlag auf das Leben einer Politikerin, einer Kölnerin, es ist ein Anschlag auf das friedliche Miteinander der Kulturen in unserer toleranten und bunten Stadt Köln, und es ist ein Anschlag auf die Grundwerte unseres Zusammenlebens, ja unserer Demokratie.

Ich wünsche Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker und den anderen Verletzten - und dabei meine ich nicht nur diejenigen, die körperlich verletzt wurden; denn ich denke, dass alle in ihrer Seele zutiefst verletzt worden sind - von ganzem Herzen gute Besserung und eine vollständige Genesung.

(Lebhafter Beifall)

Die schrecklichen Ereignisse vom 17. Oktober dieses Jahres haben uns einmal mehr vor Augen geführt, dass unsere Grundwerte von Natur aus flüchtig sind. Diese Grundwerte sind die Grundwerte unserer Demokratie; denn Demokratie ist kein Zustand, der sich von alleine einstellt. Demokratie muss immer wieder mit Leben gefüllt werden, und Demokratie muss verteidigt und geschützt werden.

Es ist die Aufgabe sämtlicher demokratischen Kräfte in diesem Land, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg rechtsextremem und fremdenfeindlichem Gedankengut geschlossen entgegenzutreten.

(Lebhafter Beifall)

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere demokratische Grundordnung ausgehöhlt wird. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass unsere wichtigsten politischen Ziele infrage gestellt

werden: die Anerkennung und die Akzeptanz der Vielfalt und der Chancengleichheit sowie das respektvolle Miteinander von Menschen aus vielen unterschiedlichen Kulturen und Ethnien mit unterschiedlichen Religionen und Lebensformen.

In ganz Deutschland und auch hier in Köln setzen sich zahlreiche Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen mit Einfallsreichtum und viel Engagement gegen demokratiefeindliche Ideologien, gegen Rassismus, gegen Intoleranz und gegen Diskriminierung ein. Sie entwickeln Ideen und zeigen Wege auf, wie ein friedliches Miteinander möglich ist und wie ein auf Respekt und Wertschätzung beruhendes Zusammenleben im Alltag gelingen kann.

Ich bin sehr froh und dankbar, dass wir in Köln insoweit eine positive Tradition entwickelt haben und die ganz überwiegende Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner eine klare Position gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt bezieht.

(Beifall)

Dies zeigte sich im vergangenen Monat, als HoeSa wieder einmal beabsichtigte, den Ruf Kölns als weltoffene und tolerante Stadt zu beschädigen. Wie eben beschrieben, haben sehr viele Bürgerinnen und Bürger den dumpfen rechten Parolen ein wirkungsvolles Zeichen für Demokratie und Toleranz entgegengesetzt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ganz besonders auf die Birlikte-Kundgebung hinweisen.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass die Informations- und Präventionsarbeit der Stadt gegen Rechtsextremismus schon seit langem breit und fachlich äußerst fundiert aufgestellt ist. Die städtischen Maßnahmen gegen rechtsextremes und fremdenfeindliches Gedankengut sind vielfältig und zahlreich - zu zahlreich, um hier mehr als nur einige Beispiele zu nennen:

- die hervorragende Aufklärungsarbeit, die in unserem NS-Dokumentationszentrum mit ganz wertvollen Aktivitäten und Maßnahmen geleistet wird und seit 2008 durch die

Arbeit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus sinnvoll ergänzt wird. Die Info- und Bildungsstelle bietet unter anderem Workshops, Vorträge und Fortbildungen an und vernetzt diejenigen, die sich in Köln gegen Rechtsextremismus für Demokratie engagieren.

- die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln, die bei Problemfällen im Themenfeld Rechtsextremismus Hilfe zur Selbsthilfe anbietet
- das Programm Partnerschaften für Demokratie, dessen Steuerung beim Amt für Kinder, Jugend und Familie liegt. Hierbei werden, unterstützt durch Gelder aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“, unterschiedliche Projekte in unserer Stadt zur Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie für eine Willkommenskultur gefördert.
- das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung, in dem die Stadt Köln vertreten ist
- das von der Stadt unterstützte Forum für Willkommenskultur, das Ansprechpartner für Freiwillige in der Flüchtlingsarbeit ist und ihre Vernetzung fördert
- das Bündnis Köln stellt sich quer, das von der Stadt begleitet wird
- die von der Volkshochschule organisierten Fortbildungsprogramme und Fachtagungen zum Thema Rechtsextremismus
- die Maßnahmen in der Jugendpflege, unter anderem die Unterstützung des mehrfach ausgezeichneten Projekts 180-Grad-Wende, das sich gegen Salafismus, antimuslimischen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung einsetzt
- zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens. Diese Maßnahmen sind im Haushalt 2015 nochmals finanziell aufgestockt worden.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Beim Texten ist mir aufgefallen, wie viel wir ja schon tun. Aber lassen Sie uns nicht

nachlassen. Lassen Sie uns weiterhin kreativ sein. Lassen Sie uns Demokraten gemeinsam diesen Weg weitergehen.

Zu einer Stadt mit vielen internationalen Einwohnerinnen und Einwohnern gehört aber auch die Pflege unserer Städtepartnerschaften. Die Stadt Köln fördert 24 Städtepartnerschaften und damit die europäische Idee und die internationale Zusammenarbeit, und zwar bürgernah und mit verschiedensten Aktivitäten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unsere Aufgabe, offen, aktiv und mutig gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus einzutreten, in Köln und in ganz Deutschland. Nur so können wir die Grundwerte unserer Demokratie bewahren und das friedvolle und respektvolle Miteinander der Kulturen fördern. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Nun geht es weiter mit der heutigen Sitzung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Herr Beckamp entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Krupp, Frau Sommer und Frau Woller.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Es ist keine Aktuelle Stunde beantragt worden.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil 4.7, 4.8, 4.9, 4.10, 17.9, 17.10, 17.11, 17.12, 17.13 und 17.14 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.8, 23.9 und 24.9.

Abgesetzt werden sollen im öffentlichen Teil die Punkte 6.1.2, 6.2.1, 10.8, 10.27, 10.29 und 17.8 sowie im nichtöffentlichen Teil der Punkt 24.5.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Jetzt komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Es sind drei Dringlichkeitsanträge eingereicht worden.

Ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag des Einzelmandatsträgers Andreas Henseler und der Gruppe Deine Freunde zum Thema „Moratorium und Perspektive für die Hubschrauberstation Kalkberg“ liegt unter TOP 3.1.4 vor.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Den Antrag zur Hubschrauberstation Kalkberg halten wir nicht für dringlich. Sicherlich ist es ein ernsthaftes Problem, das wir sehr sorgfältig diskutieren müssen und mit dem wir uns auch ausführlich befassen müssen. Das wird aber heute nicht möglich sein; denn dazu bedarf es natürlich entsprechender Vorbereitungen, zumal der Antrag auch keine Vorschläge macht, die da hilfreich sind.

Deshalb ist dieser Antrag nicht dringlich. Wir widersprechen der Dringlichkeit.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Antragsteller? - Herr Henseler, bitte.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind als Antragsteller anderer Auffassung. Deswegen begründe ich jetzt formal noch einmal die Dringlichkeit - wobei ich sagen muss, dass ich als mehr oder weniger aktiver Beobachter der ganzen Szene nicht immer alle taktischen Feinheiten nachvollziehen kann; aber ich gebe mir Mühe.

Ich will vorab zwei Bemerkungen machen.

Erstens. Dieser Antrag richtet sich nicht gegen den Stadtdirektor. Bei den verschiede-

nen Gesprächen im Vorfeld haben viele Leute gesagt, sie wollten nicht, dass der Stadtdirektor hier angegriffen wird, weil der Stadtdirektor sich in dieser Angelegenheit sehr weitreichend eingesetzt hat. Er hat sich nicht nur für diesen ganzen Prozess eingesetzt, sondern auch für die Plattform, die da errichtet werden soll. Das wird anerkannt. Deswegen richtet es sich ausdrücklich nicht gegen den Stadtdirektor.

Wir wollen etwas anderes. Wir schätzen den Stadtdirektor. Das sage ich hier noch einmal ausdrücklich. Wir halten ihn für absolut integer.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Kollege, ich darf Sie daran erinnern, dass es um die Dringlichkeit geht. Begründen Sie bitte die Dringlichkeit.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Ja. Aber man kann auch eine Vorbemerkung machen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Vorbemerkung ist ja jetzt beendet.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Ich habe fünf Minuten, und man kann auch eine Vorbemerkung machen.

(Zurufe: Nein!)

- Doch.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nein. Wir haben hier andere Spielregeln. Die sind Ihnen auch bekannt. Bitte sprechen Sie jetzt zur Dringlichkeit.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Ich spreche zur Dringlichkeit.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann tun Sie das jetzt bitte.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Die Dringlichkeit ist nach unserem Dafürhalten aus dem Gutachten abzuleiten. Das Gutachten ist in zwei Ausschüssen behandelt worden. Dieses Gutachten ist nach unserer Auffassung verheerend für die Verwaltung. Was dort alles festgestellt worden ist, ist wirklich verheerend - bis hin zu den Böschungsschrägen. Außerdem ist dort ausdrücklich die Rede davon, dass die Standfestigkeit der Halde nicht gewährleistet ist. Das sind nur zwei Beispiele.

Das veranlasst uns dazu, in dieser Angelegenheit tätig zu werden - vor allen Dingen deshalb, weil das Gutachten mit einem für uns völlig unverständlichen Satz endet.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Er spricht zur Sache!)

Dort heißt es nämlich ausdrücklich - ich zitiere jetzt -:

Es gilt unverändert, dass die bereits in der Entscheidungsphase in einer Bewertungsmatrix ermittelten und benannten Standortvorteile des Kalkbergs nach der Sanierung unverändert gültig bleiben.

Wenn das so ist, dann hat der Gutachter seinen Auftrag nicht erfüllt, finde ich. Wir müssen dem Gutachter klarmachen - und deswegen ist der Antrag dringlich, meine Damen und Herren -, dass der Gutachter alle Einsichten erhalten muss, die erforderlich sind.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sprechen nicht zur Dringlichkeit, sondern zum Inhalt!)

- Das ist zur Dringlichkeit.

Deswegen plädieren wir für eine solche Projektgruppe. Wir plädieren auch dafür, dass die Akten, die auf die verschiedenen Dienststellen verteilt sind, bei dieser Projektgruppe konzentriert werden, weil alle Erfahrung zeigt: Wenn man in einen solchen Prozess in einer Verwaltung eingreifen will, dann benötigt man einen Zugriff auf die Akten - nicht weil man Misstrauen gegenüber denjenigen hat, die derzeit über die Akten verfügen,

sondern weil nach deren Selbstverständlichkeit natürlich das bisherige Verfahren nahtlos fortgesetzt wird. Das sehen Sie an dem Schlusssatz des Gutachtens.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Kollege, die Zeit ist abgelaufen.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Ich kann nur appellieren - wenn die Regeln so sind, dann muss ich das als Demokrat selbstverständlich akzeptieren -, dass Sie sich als Rat zum Herrn des Verfahrens machen und diesen Antrag heute hier behandeln. Wir haben schon eine halbe Stunde mit anderen Sachen - mit Besprechungen, die auch ihren Stellenwert haben - vertan.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dazu habe ich vorhin etwas gesagt.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Dann fände ich es richtig, heute auch diesen Antrag hier zu behandeln. - Vielen Dank für Ihre Geduld, Frau Bürgermeisterin.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wir hatten auch Geduld!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir hatten alle Geduld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Frank, wir könnten die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag auch zusammen mit der Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der unter TOP 3.1.5 vorliegt, vornehmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der SPD-Antrag hat aber nichts mit dem Kalkberg zu tun!)

- Gut.

Dann stimmen wir jetzt über die Dringlichkeit des Antrags unter TOP 3.1.4 ab, liebe Kollegen. Wer ist gegen die Dringlichkeit? - Das ist die Mehrheit; das sind die Grünen, die

CDU, die FDP und die AfD. Damit ist es entsprechend geregelt.

Jetzt kommen wir zu den Tagesordnungspunkten 3.1.5 und 3.1.6. Unter TOP 3.1.6 ist mir ein als Dringlichkeitsantrag ausgewiesener Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz zum, neuen Standort und Abbau der Kreuzblume“ eingereicht worden. Unter TOP 3.1.5 liegt bereits ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Kreuzblume vor dem Domportal erhalten!“ vor.

Beide Anträge können nicht nebeneinander aufgenommen werden, da sie in einem Alternativverhältnis stehen. Formal wird diese Konstellation üblicherweise im Verhältnis „Antrag und Änderungsantrag“ abgebildet.

Ich schlage deshalb vor, entgegen der Ausweisung als Dringlichkeitsantrag den Antrag der Antragstellerfraktion Bündnis 90/Die Grünen als Änderungsantrag zum Antrag der SPD unter TOP 3.1.5 zu behandeln.

Die antragstellende Fraktion kann dazu Stellung nehmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist okay! Das kann man so machen!)

- Gut.

Dann lasse ich über die Dringlichkeit abstimmen. Wer ist für die Dringlichkeit des unter TOP 3.1.5 vorliegenden Antrags? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, Deine Freunde, die AfD, die FDP; es sind alle. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Einstimmig so beschlossen.

Nun kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Ich schlage vor, dass wir TOP 10.17 und TOP 10.18 gemeinsam im öffentlichen Teil behandeln. Ist das okay? Oder gibt es Gegenstimmen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind doch schon im öffentlichen Teil!)

- Nach den Schenkungen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann machen wir das so.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Nun steigen wir in die Tagesordnung ein und beginnen mit dem öffentlichen Teil.

Jetzt kommt das große Vergnügen:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung von Werken des Künstlers Danh Vö 2594/2015

Der Kulturausschuss hat einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen die Annahme der Schenkung? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann freuen wir uns über diese Schenkung. Herzlichen Dank den Stiftern!

(Beifall)

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 30.000,00 € zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ in 2016 im Museum Ludwig 2763/2015

Im Kulturausschuss ist diese Schenkung auch einstimmig angenommen worden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen die Annahme der Schenkung? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann freuen wir uns auch über diese Schenkung. Herzlichen Dank den Spendern!

(Beifall)

Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung von Zeichnungen des Künstlers Jack Smith von Cosima von Bonin und Michael Krebber 2707/2015

Auch hier hat der Kulturausschuss einstimmig zugestimmt.

Gibt es hier in der Ratssitzung Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist auch diese Schenkung einstimmig angenommen. Herzlichen Dank den Spendern!

(Beifall)

Wie eben beschlossen, kommen wir jetzt zu:

10.17 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2011 2897/2015

10.18 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2012 2900/2015

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat einstimmig zugestimmt, der Finanzausschuss auch.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von AfD und pro Köln. Damit zugestimmt.

Mit dieser Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 10.17 und 10.18 ist eine entscheidende Voraussetzung für die Ge-

nehmung unseres Haushalts durch die Bezirksregierung Köln erfüllt. Wir hoffen, dass unsere Aufsichtsbehörde diese Genehmigung jetzt bald aussprechen wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Das wünschen sich ganz, ganz viele. - Herzlichen Dank.

Jetzt kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich rufe auf:

3.1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend „Resolution zu einer Transparenzregelung“ AN/1662/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Zunächst Frau Tokyürek für Die Linke., bitte.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte, liebe Gäste auf der Tribüne! Wir, Die Linke. und die Piraten, wollen, dass die Kölnerinnen und Kölner sich über alle Angelegenheiten informieren können, die ihr Leben in Köln betreffen. Deshalb legen wir heute diesen Antrag vor.

Dieser besteht aus zwei Beschlusspunkten. Der erste Beschlusspunkt lautet, das Land NRW möge ein Transparenzgesetz auf den Weg bringen. Der zweite Beschlusspunkt ist ein Prüfauftrag an die Verwaltung, ob eine Transparenzsetzung hier in Köln möglich ist.

Bei der Verankerung des Transparenzgedankens in Kommunen geht es um nichts weniger als die Weiterentwicklung der politischen Mitbestimmung, um mehr direkte Demokratie. Wer nun die Ansicht vertritt, dass Auskunftsrechte der Bürgerinnen und Bürger genügend gesichert seien, hat eines

noch nicht verstanden: Auskunftsrechte sind niemals genügend gesichert, wenn uns noch Möglichkeiten offenstehen, sie zu erweitern.

Das Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen halten wir hier für noch nicht ausreichend.

(Beifall bei der Linken und den Piraten)

Transparentes Verwaltungshandeln bildet die notwendige Grundlage, damit sich die Bürgerschaft aktiv an der Selbstverwaltung der Kommune beteiligen kann. Diese Transparenz ist notwendig, damit die Bürgerinnen und Bürger die Verwaltung auch verstehen, kontrollieren und verändern können. Transparenz führt zu mehr Akzeptanz.

(Beifall bei der Linken und den Piraten)

Transparenz baut auch der Korruption vor. Ein kostenloses Auskunftsrecht gegenüber der Verwaltung und ihren Handlungen, ohne eine eigene Betroffenheit vorweisen zu müssen, bildet hierfür eine gute Basis.

Es gibt mittlerweile schon seit einigen Jahren eine breite Debatte über mehr Bürgerbeteiligung in unserer Demokratie. Dabei geht es um Transparenz und Information, um Austausch und Erörterung, aber auch um Teilhabe an Entscheidungsprozessen.

Echte Bürgerbeteiligung in einer Kommune braucht jedoch gut informierte Bürgerinnen und Bürger. Voraussetzung dafür ist, dass Dokumente und Daten der Verwaltung jederzeit frei verfügbar und einsehbar sind.

(Beifall bei der Linken und den Piraten)

Wissen über das Handeln von Politikern und Verwaltung ist die Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger die Politik in unserer Stadt ernsthaft mitgestalten, diskutieren und kritisieren können.

Derzeit müssen die Bürger die Einsichtnahme in Akten erst beantragen und dafür oft Gebühren bezahlen. Durch eine Transparenzsetzung müssten die Behörden schon

bald alle wichtigen Informationen im Internet veröffentlichen - und das proaktiv.

Wir fordern den Aufbau eines Informationsregisters, in das die Verwaltung kontinuierlich und ohne Aufforderung einen Großteil ihrer Daten einstellt. Die Stadt soll zukünftig Ratsbeschlüsse, Stellenpläne, Verträge, Verwaltungsvorschriften, Dienstanweisungen, amtliche Statistiken und von der Verwaltung in Auftrag gegebene Gutachten automatisch und nach und nach veröffentlichen. Im Kern sprechen wir über alle Daten, die die Daseinsvorsorge sowie städtische Beteiligungen und Aufträge betreffen.

Bürgerinitiativen sollen auf dieser Grundlage die Entscheidungs- und Arbeitsprozesse der Stadtverwaltung im Detail nachvollziehen und untersuchen können.

Ein zentrales Register könnte den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Verwaltungsbereichen vereinfachen und beschleunigen.

Auch wir Parteien im Rat könnten von einem Informationsregister bei unserer täglichen Arbeit profitieren.

Wirtschaftsunternehmen würden ebenso einen Nutzen aus mehr Transparenz ziehen. Informationen aus der öffentlichen Verwaltung sind für Unternehmen wichtige Entscheidungshilfen - von der regionalen Marktstrategie und Standortfragen bis hin zu Personalfragen.

Eine Transparenzsetzung ist für gut die Bürgerbeteiligung und steigert das Vertrauen in die Stadtverwaltung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Unterstützung unseres Antrags. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und den Piraten)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Vielen Dank. - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke, Güldane. Du bist Gott sei Dank auch auf einige konkrete Beispiele eingegangen. Ich möchte den Blickwinkel auch einmal ein bisschen in eine andere Richtung bringen.

Der Begriff Transparenz gehört wohl seit einigen Jahren zum Stammrepertoire eines jeden Politikers, Funktionärs oder Vorstandschefs.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt da auch Frauen!)

„Wir müssen für Transparenz sorgen“: Joseph Blatter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für ein Fachmann! Man muss Fachleute fragen!)

„Es geht nichts über Transparenz, will man Schwierigkeiten vermeiden“: Hilmar Kopper, Ex-Deutsche-Bank-Chef.

„Vertrauen stellt sich auch durch Transparenz her. Deshalb werden wir schauen, ob wir die bestehenden Transparenzpflichten verbessern müssen“: immerhin die ehemalige SPD-Justizministerin Brigitte Zypries.

„Wir brauchen totale Transparenz“: Heiner Geißler, CDU-Mitglied und Attac-Mitglied, im Zusammenhang mit mehr Bürgerbeteiligung und Stuttgart 21.

Den beiden Letztgenannten nehme ich das auch wirklich ab. Bei den anderen passt wohl eher das Sprichwort „den Bock zum Gärtner machen“.

Ich will darauf hinaus, dass der Begriff Transparenz zu einem der am meisten benutzten, aber auch missbrauchten Begriffe im Politikgespräch geworden ist.

Genau darum geht es bei unserem Antrag. Wir haben jetzt in Köln eine Chance, uns den Begriff Transparenz wieder zurückzuholen, nämlich zu dem, was er inhaltlich wirklich bedeutet.

Unser Antrag basiert auf dem Vorschlag des Bündnisses NRW blickt durch, das den

Kommunen eine Transparenzsatzung anbieten. Der Bund der Steuerzahler NRW, Mehr Demokratie e. V., der NABU Nordrhein-Westfalen und die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland haben diesen Vorschlag gemacht.

Transparenzgesetz und Transparenzsatzung machen Schluss mit Worthülsen und leeren Versprechungen; denn aus einer Holschuld wird eine sehr konkrete Bringschuld, in deren Rahmen die Stadt verpflichtet wird, von sich aus Verträge, Gutachten, Statistiken, Verwaltungsvorschriften, öffentliche Pläne zur Daseinsvorsorge, Geodaten und viele weitere Informationen zu veröffentlichen.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Prozesse und Entscheidungen in Politik und Verwaltung sollen dabei mittels öffentlichem, kostenlosem Zugang zu Dokumenten und Informationen in barrierefreier und durchsuchbarer Form bereitgestellt werden.

Beispielhaft haben wir ja die Plattform Offene Daten Köln. Das ist sicherlich ein erster richtiger Schritt, bis jetzt aber unverbindlich und ohne jedwede Verpflichtung. Eine Transparenzsatzung bringt hier in jeder Form verbindliche und nachvollziehbare Sicherheit.

Alleine in Bayern haben circa 70 Kommunen praktikable Transparenzsatzungen, in denen den Einwohnerinnen und Einwohnern ein grundsätzlich freier Zugang zu Informationen gewährt wird. Dazu gehören selbstverständlich auch städtische Betriebe, wie in München, die Bürgerfragen künftig beantworten müssen.

In Hamburg gibt es bereits ein Transparenzgesetz.

Aktuell hat sich der mehrheitlich rot-grüne Landtag von Rheinland-Pfalz ebenfalls für ein Transparenzgesetz ausgesprochen. Ab dem kommenden Jahr werden die Behörden des Landes Rheinland-Pfalz damit zu mehr Offenheit gegenüber den Bürgern verpflichtet. Sie müssen von sich aus Daten zur Verfügung stellen.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Personenbezogene Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse privater Firmen oder besondere öffentliche Belange bleiben selbstverständlich weiterhin geschützt.

Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir eine Chance haben, uns den Begriff Transparenz zurückzuholen - zurückzuholen aus dem unverbindlichen Zitatealbum eines jeden Politikers, zurückzuholen zu Berechenbarkeit, zurückzuholen zu Verpflichtungen gegenüber den Kölner Bürgerinnen und Bürgern. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Piraten, der Linken und Deinen Freunden)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Krupp für die SPD-Fraktion, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Antragsteller von der Linkspartei und den Piraten! Sehr geehrte Damen und Herren! Um eines gleich vorwegzunehmen: Transparentes Verwaltungshandeln und vor allen Dingen in der Folge auch die Überprüfbarkeit dieses Verwaltungshandelns durch die Verwaltungsgerichte sind ganz zentrale Grundlagen des modernen Rechtsstaats. Ohne diese Transparenz der Verwaltung wäre ein moderner Rechtsstaat, wie wir ihn in Deutschland seit 1945 Gott sei Dank haben, überhaupt nicht denkbar.

Deshalb ist es auch völlig richtig und sehr zu begrüßen und zu unterstützen, dass die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile seit mehr als einem Jahrzehnt nach dem Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen einen Auskunftsanspruch gegen die Verwaltung haben.

Lassen Sie mich eines ganz deutlich machen, weil das eben ein bisschen unterging, als es hieß, durch diese Satzung sei dann ein Auskunftsanspruch ohne jegliche Betroffenheit möglich: Dieser Informationsfreiheitsanspruch bedarf eben keiner eigenen Betroffenheit. Vielmehr kann jede Bürgerin

bzw. jeder Bürger diesen Anspruch geltend machen, egal, ob der jeweilige Verwaltungsvorgang sie bzw. ihn betrifft oder nicht. Selbstverständlich sind Gegenrechte zu beachten. Insbesondere personenbezogene Daten anderer müssen dann im Zweifel geschwärzt werden. Diesen Anspruch gibt es aber. Mir ist wirklich wichtig, das festzuhalten, weil es gerade ein bisschen so klang, als sei vieles noch nicht möglich. Lieber Thomas Hegenbarth, dieser Anspruch ist übrigens auch verbindlich und sicher; diese Worte hast du ja mit der Satzung in Zusammenhang gebracht. Nichts ist sicherer als dieser gesetzliche Anspruch.

Gut und richtig ist darüber hinaus aber auch, dass die Stadt Köln mit der Plattform Offene Daten Köln in der BRD zu den wirklich führenden Kommunen gehört, was Open Data angeht. Einer der Erfolge, die aus diesen Open-Data-Bemühungen heraus entstanden sind, ist die Tatsache, dass unser Ratsinformationssystem auch für die Bürger gut recherchierbar ist. Das ist es leider nicht auf der Internetseite der Stadt Köln. Darüber ärgern wir uns alle. Bei Offene Daten Köln bzw. mittlerweile bei www.politik-bei-uns.de ist das aber der Fall. Dort haben Private mit den offenen Daten, die sie über eine Schnittstelle von der Stadt Köln zur Verfügung gestellt bekommen, wirklich etwas sehr Gutes gemacht und unter anderem mit den Kölner Daten, aber auch mit den Daten anderer Städte auf der Internetseite www.politik-bei-uns.de ein transparentes, gut durchsuchbares Ratsinformationssystem geschaffen.

Frau Tokyürek, auch bei uns sind die Beschlüsse des Rates selbstverständlich heute schon für jeden offen zugänglich. Soweit Vorlagen nicht zugänglich sind, sind das genau die Vorlagen zum nichtöffentlichen Teil, die personenbezogene Daten beinhalten. Sie zu veröffentlichen, wäre auch nach der neuen Satzung nicht möglich.

Ich glaube aber, dass wir daran arbeiten müssen, den Bekanntheitsgrad der Informationsrechte, die die Bürgerinnen und Bürger heute schon haben, also der Transparenzansprüche, deutlich zu erhöhen; denn in

Gesprächen mit Bürgern habe ich immer wieder den Eindruck, dass die Möglichkeiten des Informationsfreiheitsgesetzes Nordrhein-Westfalen nicht allzu bekannt sind.

Etwas populärer wurden sie zuletzt, als ein Abiturient versuchte, auf dieser Anspruchsgrundlage die Abituraufgaben zu bekommen - natürlich vor der Prüfung. Das ist selbstverständlich gescheitert. Es war aber zumindest einmal eine originelle Idee und hat diesen grundsätzlichen Anspruch vielleicht populärer gemacht.

Ich möchte aber auch ganz klar sagen: Andererseits haben wir zu bedenken, dass die Ressourcen der Stadt Köln endlich sind - so viel kann ich als Mitglied des Finanzausschusses festhalten - und wir vor großen Herausforderungen stehen.

Insofern ist Ihr Anliegen, die Transparenz mit einer solchen Satzung zu erhöhen und vielleicht sogar die Holschuld in eine Bringschuld umzuwandeln, grundsätzlich zu begrüßen. Die Frage ist allerdings: Welchen Aufwand sind wir bereit, zu treiben, um alle diese Dinge in Datenbanken einzupflegen und damit die Bringschuld zu erfüllen?

Ich will aber gar nicht sagen, dass eine solche Satzung hier keinesfalls in Betracht käme. Ich will nur sagen: Das müssen wir wirklich gut überlegen - vor allen Dingen angesichts der konkurrierenden Aufgaben, die wir haben.

Deswegen plädieren wir dafür, die Ziffer 2 Ihres Antrags in den AVR zu verweisen und dort in Ruhe zu beraten.

Zur Ziffer 1, der Aufforderung an die Landesregierung, ein Transparenzgesetz auf den Weg zu bringen, sei nur Folgendes gesagt: Dieses Vorhaben steht im Koalitionsvertrag von Rot und Grün. Wir sind ungefähr in der Mitte der Legislaturperiode - vielleicht schon etwas weiter. Nun wollen wir einmal sehen, dass die Landesregierung ihren Koalitionsvertrag in diesem Punkt umsetzt. Da bin ich sehr zuversichtlich. Insofern bedarf es keiner Anregung hier aus dem Rat der Stadt Köln.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.]

Herr Detjen, dass Sie es gerne hätten, dass wir das hier beschließen, kann ich mir vorstellen. Leider - für mich nicht leider, aber für Sie leider - sind Sie ja seit 2012 darauf angewiesen, die Landesregierung außerhalb des Landtags als Opposition zu jagen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Daran ist er ja selbst schuld! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Gott sei Dank!)

Über dieses Stöckchen springen wir heute aber nicht. Da muss ich Sie enttäuschen.

In diesem Sinne beantragen wir die Verweigerung der Ziffer 2 in den AVR. Die Ziffer 1 werden wir ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Krupp. - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir werden genau so abstimmen, wie Herr Krupp es gerade vorgetragen hat. Das ist absolut richtig.

Den Punkt 1 werden wir ebenfalls ablehnen - auch deswegen, weil wir nicht zuständig sind. Ich schaue einmal nach links. Dort sitzt nicht die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, sondern die Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes. Ihr Antrag richtet sich aber - das schreiben Sie selbst in Ihrem Text - an die Landesregierung.

Anträge, die sich an die Landesregierung richten, sollten dann auch im Landtag gestellt werden - was übrigens auch schon einmal passiert ist.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir können doch kritisieren, Herr Elster!)

- Herr Detjen, warten Sie einmal ganz kurz ab. Lassen Sie mich das einmal ausführen. Sie sind doch nur gefuchst, weil Sie den Antrag nicht direkt stellen können, sondern die Piraten das getan haben.

Die Piraten haben im Jahr 2013 genau diesen Antrag schon einmal in den Landtag eingebracht - mit der gleichen Begründung, die Sie jetzt hier in Ihrem Text formulieren. Mit dem Titel „NRW braucht ein Transparenzgesetz!“ haben die Piraten diesen Antrag damals schon eingebracht.

Der Landtag hat das anders gesehen - zum Teil aus den Gründen, die Herr Krupp gerade vorgetragen hat. Rot-Grün ist gerade dabei, ein solches Gesetz vorzubereiten. Da bedarf es einer Gesetzesinitiative der Opposition eben nicht. Zum Teil - der Landtag hat sich das ja nicht einfach gemacht - ist bei den Beratungen auch etwas anderes herausgekommen.

Ich will einmal aus dem Protokoll der Anhörung zitieren. Dort sind unter anderem die kommunalen Spitzenverbände zu Wort gekommen. Der Vertreter des Landkreistages Nordrhein-Westfalen hat zu diesem Thema ausgeführt:

Nach unserem Verständnis

- also dem Verständnis der kommunalen Spitzenverbände -

ist Voraussetzung für jedwedes Handeln des Gesetzgebers, dass überhaupt ein entsprechender Bedarf für ein gesetzgeberisches Tätigwerden besteht. Einen solchen Bedarf sehen wir

- also die kommunalen Spitzenverbände -

auf kommunaler Ebene mit Blick auf die Themen Transparenz und Informationsfreiheit derzeit nicht, um das ganz deutlich zu sagen.

Dieser Meinung hat sich die übergroße Mehrheit aller anderen im Landtag vertretenen Fraktionen angeschlossen. Das ist nun erst einmal Stand der Dinge.

Daher sollten wir uns hier im Rat der Stadt Köln jetzt mit den Themen beschäftigen, die für die Stadt Köln relevant sind, und die Themen, die in Düsseldorf behandelt werden müssen, in Düsseldorf behandeln.

Abschließend möchte ich noch Folgendes sagen: Ich bin nicht dafür bekannt, dass ich den Stadtdirektor eifertig in jeder Ratssitzung loben würde. Ab und zu tue ich das aber - vor allem dann, wenn es um die Transparenz des Verwaltungshandelns in Köln geht. Hier kann sich jeder Bürger in der Tat - Herr Krupp hat das auch dargestellt - sehr gut über die Dinge informieren, die im Rat der Stadt Köln passieren. Hier stehen alle Protokolle der öffentlichen Sitzungen unverzüglich jedem zur Verfügung. Wir haben selbst die Möglichkeit, Akteneinsicht zu nehmen. Das ist ja vielfach genannt worden.

Grundsätzlich ist das Hauptthema, das uns im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation beschäftigt, die Suchmaschine aufseiten der Stadt. Da werden wir sicherlich investieren müssen. Das ist ein Thema für die kommenden Haushaltsplanberatungen.

Ansonsten hätten wir aber, wenn es nach uns gegangen wäre, den Antrag gänzlich abgelehnt. Jetzt ist allerdings der Vorschlag gemacht worden, den Punkt 2 im AVR zu behandeln. Dem schließen wir uns an. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Dr. Elster. - Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Antragsinitiative von Linken und Piraten spricht einen sehr wichtigen Punkt an, nämlich die Grundlagen der demokratischen Teilhabe. Insofern ist es ein richtiges Anliegen - zwar im falschen Gremium, weil es in den AVR gehört; aber die Frage, wie hoch die Hürden für Bürger sind, an Informationen zu kommen, ist es immer wieder wert, überprüft zu werden.

Das kann auch keine Ressourcenfrage sein, lieber Gerrit Krupp. Wenn es da Optimierungsbedarf gibt, dann müssen wir auch handeln.

Jetzt so zu tun, als ob in Köln dazu nichts passiert wäre, ist allerdings ein bisschen zu kurz gesprungen. Sowohl im AVR als auch im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation erhalten wir regelmäßig von Herrn Stadtdirektor Kahlen umfangreiche Informationen zu Open Data und Open Government. Gleichwohl kann man überprüfen, ob es bei diesen Prozedere noch Optimierungsmöglichkeiten gibt.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die konkurrierenden Systeme sind Datenschutz und Vergabekriterien. Natürlich können nicht alle Vertragsinhalte bei kommunalen Daseinsvorsorgeverträgen eins zu eins so übernommen werden, wie das in § 5 der Transparenzsetzungsempfehlung gefordert wird. Das muss man in Ruhe ausdiskutieren. Dafür ist der AVR auch der richtige Platz.

Um hier die Zeit abzukürzen: Wir werden den Punkt 2 mit in den AVR verweisen, um ihn dort in Ruhe zu besprechen. Zum Punkt 1 haben die Vorredner schon einiges gesagt. Dann können wir schnell vorangehen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Richter. - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute war viel von Transparenz die Rede. Ich muss aber gestehen, verehrte Antragsteller: In Bezug auf Ihren Antrag hat mir ein bisschen die Transparenz gefehlt, insbesondere bei dem Punkt 1; denn für mich ist es in der Tat auch total intransparent, warum wir das hier im Kölner Rat beraten und nicht im Düsseldorfer Landtag, wo es nämlich hingehört.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Transparentes politisches Handeln zeichnet sich nämlich auch dadurch aus, dass politi-

sche Themen in den Gremien behandelt werden, die dafür zuständig sind.

Fairerweise muss man zugeben, dass wir hier im Rat schon des Öfteren Resolutionen an Bundesregierung und Landesregierung verabschiedet haben. Dann war aber auch immer ein konkreter Anlass zu sehen. Es war dann nämlich immer so, dass die Auswirkungen dieser Gesetze unmittelbar hier in Köln zu spüren gewesen sind. Ich erinnere an viele Gesetze im sozialen Bereich: die Eingliederungshilfe, die Kosten der Unterkunft und die Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen. Hier wurden und werden Kommunen in der Tat über Gebühr - und das meine ich wortwörtlich - belastet. Dann ist es auch gut, wenn sich Köln als größte Stadt im Land zu Wort meldet.

Meine Damen und Herren, ich möchte in dieser Diskussion um Transparenz, die ja im weitesten Sinne auch zum Thema Bürgerfreundlichkeit gehört, einmal einen ganz anderen Begriff einführen, der in dieser Debatte noch nicht genannt wurde, nämlich den für mich sehr wichtigen Begriff der Relevanz. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass viele Bürger und Bürgerinnen in der politischen Debatte und vor allem im politischen Handeln die Relevanz vermissen.

Ein gutes oder, besser gesagt, trauriges Beispiel ist für mich die aktuelle Diskussion um die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Hier gewinnt man manchmal den Eindruck, dass es nicht um die Lösung des Problems geht, sondern allein um persönliche Profilierung. Wortgefechte helfen uns da aber nicht weiter. Lösungen sind gefragt.

Auch im Hinblick auf die heutige Debatte bin ich der Meinung: Lösungen sind gefragt. Schaukämpfe helfen uns hier nicht weiter.

(Beifall bei der FDP sowie von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir müssen konkret die Transparenz und die Partizipationsmöglichkeiten in unserer Stadt verbessern.

Da haben wir, wie ich finde, mit dem Konzeptionsgremium zur Bürgerbeteiligung bereits einen sehr guten Schritt vollzogen.

Meines Erachtens sollten die hier vorliegenden Vorschläge in diesem Gremium beraten werden, aber natürlich auch im zuständigen Ratsausschuss, nämlich im AVR.

Insofern werden wir uns als FDP dem heute schon vorgetragenen Vorschlag anschließen. Die im Punkt 1 erhobene Forderung ist hier am falschen Platz gestellt worden; deswegen können wir ihr nicht folgen. Der Verweis auf den Punkt 2 in den AVR werden wir zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von Dr. Ralph Elster [CDU])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Hoyer. - Gibt es noch weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Punkt 1 des Antrags abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind Die Linke., die AfD, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Die Gruppe pro Köln und Herr Henseler von den Freien Wählern enthalten sich.

Jetzt kommen wir zur Verweisung des Punktes 2 in den AVR. Darüber stimmen wir jetzt ab. Machen wir es einmal umgekehrt. Wer ist für die eben vorgeschlagene Verweisung des Punktes 2 in den AVR? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, Deine Freunde, die Piraten, die AfD, die Freien Wähler, Die Linke., die FDP und pro Köln. Damit haben alle zugestimmt. Sicherheitshalber frage ich noch: Wer ist dagegen? - Keiner. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Zentrale Asylunterkunft in Leichtbauweise auf dem Gelände der Prälat-Ludwig-Wolker-Bezirkssportanlage in Ehrenfeld“ AN/1602/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier geht es - eingangs ist ja nur die Nummer des Tagesordnungspunktes aufgerufen worden - um unseren Antrag zur Errichtung einer zentralen Asylunterkunft in Leichtbauweise auf dem Gelände der Prälat-Ludwig-Wolker-Bezirkssportanlage in Köln-Ehrenfeld.

Lassen Sie mich dazu erst einmal ein sehr interessantes Zitat von Peer Steinbrück anführen, der jüngst im Fernsehen gesagt hat, seiner Meinung nach sei die Flüchtlingskrise die wohl größte politische Herausforderung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Ich bin geneigt, Peer Steinbrück hierin zuzustimmen. Das ist wirklich eine fundamentale Herausforderung an unsere Politik.

Ich bin auch geneigt, Vertretern der Altparteien auf kommunaler Ebene zuzustimmen, die sagen, dass sie im Wesentlichen nur die Symptome dieser Krise kurieren können und keinen Einfluss auf die Ursachen dieser Krise haben. Das ist schon richtig. Nur Ihre Parteifreunde auf Landes- und Bundesebene können die entscheidenden Weichenstellungen vornehmen. Nur sie können diese Krise lösen, indem sie den Zustrom von außen wirksam drosseln und die Zahl der Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern signifikant erhöhen. Das kann man nur im Großen machen. Hier vor Ort kann man in der Tat lediglich versuchen, der Krise irgendwie Herr zu werden bzw. die Symptome in den Griff zu bekommen.

Ich gebe der Stadtspitze und den Altparteien in einem weiteren Punkt recht. Der Vorschlag, durch die Errichtung moderner großer Leichtbauhallen die Nutzung der derzeit beschlagnahmten Turnhallen peu à peu zu ersetzen, ist im Grunde richtig. Das ist einfach das kleinere Übel von zwei Übeln. Wenn man hier die Belastungen für die Bevölkerung, insbesondere für die Sportvereine und die Schulen, in einem irgendwie noch erträglichen Bereich lassen will, dann ist es sicher sinnvoll, solche Leichtbauhallen zu errichten.

Allerdings müssen diese Leichtbauhallen ja auch irgendwo errichtet werden. Soweit man bisher gehört hat, ist vorgesehen, das auch wieder vor allem auf städtischen Sportanlagen und Freiflächen zu tun, weil man dort schnell Zugriff auf die Grundstücke hat.

Es heißt ja immer, pro Köln sage nur, wogegen man bei diesem Thema sei; wir sagten nur, was wir nicht wollten; uns wird immer zugeschrieben, wir würden nur verneinen. Grundsätzlich ist es in einer Demokratie natürlich auch legitim, dass man das benennt, was man für falsch hält und ablehnt. Das ist auch klar.

In diesem Punkt möchten wir aber ganz konstruktiv einen konkreten Vorschlag machen, wo man sinnvollerweise eine solche Asylunterkunft in Leichtbauweise installieren könnte. Da ist uns das Grundstück der Bezirkssportanlage hinter der DITIB-Großmoschee ins Auge gefallen, und zwar aus mehreren Gründen.

Ich sage Ihnen ganz klar: auch aus prinzipiellen Erwägungen. Wir wollen alle Religionsgemeinschaften, die ja auch gerne einem Zustrom das Wort reden, in Mitverantwortung nehmen, dass sie sich da engagieren und sich bei der Bewältigung der Krise mit einbringen. Das gilt für alle Religionsgemeinschaften.

Auch die Kirchen will ich da nicht ausnehmen. Setzen Sie einmal das Milliardenvermögen der katholischen Kirche ins Verhältnis zu dem konkreten Beitrag des Kölner Erzbistums in dieser Krise. Wenn man ehrlich ist, muss man zugeben, dass das eigentlich Peanuts sind.

Genauso oder vielleicht in noch stärkerem Maße trifft das auf die DITIB zu. Ich habe immer den Eindruck - und viele andere Bürger auch -, dass die DITIB sehr gerne sagt, was sie von der Gesellschaft erwartet, aber der Gesellschaft im Regelfall nicht allzu viel zurückgibt.

Man könnte wunderbar auf diesem Areal eine zentrale Asylunterkunft in Leichtbauweise errichten. Wir wissen, dass unter denjenigen, die als Asylbewerber zu uns kommen,

viele Moslems sind. Hier könnte sich die DITIB als muslimischer Kultur- und Religionsdachverband mit in die Betreuung einlinken.

Wir wissen auch, dass auf diesem Gelände Parkplätze für die DITIB-Großmoschee gebaut werden sollen. Dort wird also sowieso ein Bauvorhaben stattfinden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener, kommen Sie bitte zum Ende.

Markus Wiener (pro Köln): Ich habe noch einige Sätze. Dann komme ich gerne zum Ende.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Zeit ist aber abgelaufen.

Markus Wiener (pro Köln): Ich denke, dass man diese Ausführungen noch zu Ende bringen kann. - Auf diesem Areal wird also sowieso gebaut werden. In dieser Interimsphase könnte man das Gelände sehr gut für den beschriebenen Zweck verwenden.

Abschließend möchte ich noch Folgendes sagen: Ich weiß natürlich, dass die Mehrheit unseren Antrag hier wie üblich ablehnen wird. Dieser Vorschlag ist aber in der Stadt publiziert worden. Wir haben sehr gute Resonanz darauf bekommen. Die Verwaltung ist zumindest in Erklärungsnot, warum man diesem konstruktiven Vorschlag nicht nachgeht und ihn nicht umsetzt. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: An dieser Stelle muss ich die Verwaltung einmal in Schutz nehmen. Ich finde, dass sie das gut im Griff hat.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gibt es zu TOP 3.1.2 noch Wortmeldungen?
- Keine.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltun-

gen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Soziale und ökologische Kriterien bei städtischen Finanzanlagen“
AN/1655/2015**

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Stadt Köln hält Wertpapiere in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro. Wir wollen, dass dieses Geld nur Unternehmen zur Verfügung steht, die soziale und ökologische Standards erfüllen.

Wir wollen nicht, dass Kölner Investments dazu beitragen, dass in Entwicklungsländern Menschen zu Hungerlöhnen ausgebeutet werden und in Betrieben arbeiten müssen, die nicht einmal minimale Gesundheits- und Sicherheitsstandards erfüllen.

(Beifall bei der Linken)

Wir wollen nicht, dass Kölner Geld in Unternehmen fließt, die auf Kinderarbeit setzen, oder in Fonds, die an Rüstungsunternehmen oder an ökologischem Raubbau beteiligt sind.

Meine Damen und Herren, wir tragen hier als Rat eine Verantwortung. Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden.

Bislang werden städtische Finanzanlagen nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen. In der städtischen Richtlinie für Geld- und Kapitalanlagen sind lediglich diese Gesichtspunkte beinhaltet:

- Ist die Anlage sicher?
- Ist das angelegte Geld kurzfristig verfügbar, wenn es benötigt wird?
- Wie hoch ist der Ertrag?

Das sind gute und richtige Grundsätze für städtische Finanzanlagen. Aber sie reichen uns nicht aus.

(Beifall bei der Linken)

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass soziale und ökologische Grundsätze, ethische Prinzipien und Fragen der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden.

(Beifall bei der Linken)

Wir sind in unserem Antrag bewusst nicht ins Detail gegangen; denn wir sind der Ansicht, dass zu den konkreten Ausgestaltungsmöglichkeiten eine weitere Diskussion notwendig ist, und halten es auch für wichtig, dass die Verwaltung einen großen Spielraum hat, aktiv zu werden.

Dafür können wir heute den Startschuss geben.

Meine Damen und Herren, es wäre schön, wenn sich der Rat heute zu einem Beschluss durchringen würde. Aber auch eine Verweisung in den Finanzausschuss würde dafür sorgen, dass zu dieser Frage eine wichtige politische Debatte in der Stadtgesellschaft stattfindet.

Wenn Köln als erste Millionenstadt soziale und ökologische Grundsätze bei kommunalen Finanzanlagen einführen würde, dann wäre das ein deutliches Zeichen.

Wir steigen heute in die Debatte darüber ein. Damit gehören wir zu den Vorreitern. Alleine stehen wir damit zwar nicht da; aber als Millionenstadt wäre das schon etwas anderes.

Der Rat der Stadt Bonn hat dazu im März dieses Jahres auf Grundlage eines Antrags der Linken mit SPD, Grünen, Linken und Piraten gemeinsam einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Die Stadt Münster hat sich auch damit befasst. In der letzten Woche hat der Stadtrat Münster einen Beschluss gefasst, der in gewisser Weise noch viel weiter geht und sehr detailliert ist; denn er enthält Auflistungen, wie die Finanzanlagen zu gestalten sind. Dieser konkrete Antrag aus Münster könnte

in der laufenden Debatte ein Vorbild für uns sein.

Meine Damen und Herren, bei Stiftungen sind ethische Richtlinien bereits in großem Umfang vorhanden. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat vor einem Jahr eine Umfrage durchgeführt. Die Stiftungen, die sich daran beteiligt haben, haben zu 40 Prozent erklärt, dass sie bereits ethische Grundsätze bei der Anlage von Finanzkapital anwenden.

Meine Damen und Herren, gestern konnten Sie im *Kölner Stadt-Anzeiger* lesen, dass sogar das Kölner Erzbistum bei seiner Finanzpolitik ethische Grundsätze anlegt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Aha!)

Wenn das Kölner Erzbistum sich links orientiert, Herr Kienitz, sollte der Stadtrat nicht dahinter zurückbleiben und sich auch klar positionieren. Wir sollten eben nicht den Grundsatz des Profits an erste Stelle stellen, sondern uns an den ethischen Grundsätzen, sozialen Grundsätzen und ökologischen Grundsätzen ein Maß nehmen.

(Beifall bei der Linken, Deinen Freunden und den Piraten)

Köln sollte sich an diesen Vorbildern orientieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns deshalb gemeinsam dafür sorgen, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden, indem wir bei der Finanzanlage sozial, human und ethisch klar operieren und solchen Formen der Ausbeutung auf jeden Fall nicht zustimmen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Detjen. - Frau Beigeordnete Klug hat noch Erläuterungen dazu.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde

Ihnen im Ergebnis vorschlagen, den eben begründeten Antrag dem Finanzausschuss zuzuweisen. Lassen Sie mich aber die Gelegenheit nutzen, einige Dinge klarzustellen.

Es ist keinesfalls so, dass die Stadt Köln in keiner Weise soziale, ethische und ökologische Kriterien berücksichtigen würde. Wir müssen in der Tat darüber sprechen, wie wir das so effektiv tun, dass es nicht zulasten der Erträge geht, die wir nach den klaren Vorgaben der Gemeindeordnung erwirtschaften müssen. Natürlich haben wir bei der Anlage des Geldes der Bürgerschaft diese Zielkonflikte auszugleichen und uns Wege zu überlegen, wie wir da weiterkommen.

Insofern möchte ich an diesem Punkt eine Überhöhung dessen, was geregelt ist, vermeiden, indem ich Sie darauf hinweise, dass es sich bei der Richtlinie für Geld- und Kapitalanlagen um eine rein verwaltungsinterne Arbeitsanweisung aus meinem Zuständigkeitsbereich handelt, in deren Mittelpunkt die Vereinfachung von Arbeitsabläufen und die Festlegung von Verantwortlichkeiten stehen und keinesfalls die Ausrichtung der Gesamtanlagestrategie der Stadt.

Der größte Teil des Vermögens im städtischen Beritt, nämlich etwa 870 Millionen Euro, wird, wie vielen hier bekannt ist, von der ZVK verwaltet. Es ist natürlich so, dass die Engagements der ZVK in den einzelnen Fonds, in denen das Geld angelegt ist, durchaus die Grundsätze berücksichtigen, die in verschiedenen Ratings für ökologische Anlagen, nachhaltige Anlagen und ethische Anlagen vorgegeben sind.

Das gilt auch für die Fonds der Stadt Köln, in denen etwa 87 Millionen Euro gebunden sind, und zwar in zwei Spezialfonds. Ebenso ist bei den Stiftungen dieses Thema nicht völlig unberührt.

Es ist aber natürlich auch notwendig, dass wir auf den Finanzmarkt reagieren mit dem, was wir als öffentliche Hände als Finanzstrategie entwickeln und einbringen können. Da sind wir in genau dem Zielkonflikt, über den eben gesprochen worden ist.

In der Tat wird auch aus der Bürgerschaft an mich als Stadtkämmerin die Frage herangebracht: Was kann die Stadt eigentlich tun, um mit den Geldern, für die sie Verantwortung trägt, dazu beizutragen, dass große Aufgaben in dieser Welt angegangen und Lösungsbeiträge erarbeitet werden können?

Genau diese Diskussion wird im Moment im internationalen Maßstab, im europäischen Maßstab und auch im nationalen Maßstab verstärkt unter dem Schlagwort „Divestment“ geführt. Hier werden Umschichtungen insbesondere von öffentlichen Anlegern vorgenommen.

Die Maßstäbe dafür arbeiten aber nicht wir als einzelne Kommune aus. Vielmehr werden sie tatsächlich von den großen institutionellen Anlegern auf dem Finanzmarkt vorgegeben. Diese setzen den Rahmen. Damit müssen wir uns genau befassen. Das tun wir auch. Das Finanzdezernat der Stadt tut dies.

Ich finde es außerordentlich wichtig, mit Blick auf die Diskussionen, die in der Bürgerschaft in vielfältigen Zusammenhängen laufen, auch öffentliche Gespräche dazu anzubieten und Stellung zu nehmen.

Inwieweit daraus die konkreten operativen Schlussfolgerungen so zu ziehen sind, wie der Antragsteller dies möchte, wage ich noch infrage zu stellen.

Aber genau das sollte Thema einer gut vorbereiteten gründlichen Auseinandersetzung im Finanzausschuss werden. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir eine sachliche und zukunftsgerichtete Diskussion zu einem sehr, sehr wesentlichen Finanzmarktnachhaltigkeitsthema in den Finanzausschuss verlagern, um sie dort führen zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Beigeordnete. Ich habe die Verwaltung ja nicht zu Unrecht gelobt. - Herr Kron spricht vom Platz aus.

Peter Kron (SPD): Ja. Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. Ich kann es kurz machen. - Frau Klug, vielen Dank für die Ausführungen, denen die SPD-Fraktion zustimmen kann. Wir sind auch dafür, diese Diskussion zu führen, aber dann im Fachausschuss, im Finanzausschuss. Mit der Verweisung sind wir also einverstanden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Ich kann mich der Frau Beigeordneten ebenfalls nur anschließen. Auch ich finde es wichtig, dass wir diese Diskussion auf der fachlichen Ebene führen. Für den Rat ist dieses Thema insgesamt überhöht, glaube ich, wenn ich mir das Anlagevolumen anschau. Es ist nicht so, dass unsere Stadt so reich gesegnet wäre, dass wir hier über weltbewegende Dinge sprechen könnten. In der Tat muss die Diskussion aber geführt werden. Sie gehört in den Finanzausschuss. Deshalb werden wir der Verweisung auch zustimmen. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Der Antrag der Linken ist in seiner Allgemeinheit so richtig, wie er aber auch folgenlos wäre, wenn wir ihn jetzt einfach beschließen würden. Das muss man schon sehen. Wer ist heute schon gegen soziale, ethische und ökologische Maßstäbe? Das Problem liegt dann doch immer im Operativen und im Detail.

Wir wissen, dass das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW im Jahr 2012 einen Runderlass an die Kommunen herausgegeben hat, wonach die Kommunen gehalten sind, für die Anlage von längerfristigem Kapital, wie es so schön heißt, „sachgerechte

und vertretbare Rahmenbedingungen in eigener Verantwortung“ zu schaffen.

Genau darum geht es. Dieser Vorgang ist bisher ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Mit der Diskussion ziehen wir dies in die Befassung des Rates. Wir sind durchaus dafür. Um aber überhaupt beurteilen zu können, wie solche Grundsätze, die in diesem Antrag postuliert sind, aussehen können, muss man auch erst einmal Kenntnis von der tatsächlichen praktischen Anlagepolitik der Stadt Köln haben. Dazu hat die Frau Stadtkämmerin eben schon einige Ausführungen gemacht.

Bevor wir die Anlagepolitik der Stadt nicht genau kennen, können wir überhaupt nicht beurteilen, wie man eingreifen kann, um solchen Grundsätzen zu genügen - die wir natürlich im Grundsatz unterstützen; ich vermute auch, dass das so gut wie jeder hier tut.

Insofern bleibt gar nichts anderes übrig - die Frau Stadtkämmerin hat ja darauf hingewiesen -, als sich mit dieser Frage im Finanzausschuss auseinanderzusetzen. Dort sollten wir das aber bitte in einer ganz konkreten Form tun und uns nicht darauf beschränken, nur sehr allgemein unverbindliche Postulate aufzustellen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. - Herr Hegenbarth, bitte.

(Zuruf von der FDP: Nein, erst Herr Breite!)

- Entschuldigung. Herr Breite für die FDP, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin, danke schön für die Worterteilung. Ich mache es auch vom Platz aus. Mir ist nur ein Hinweis wichtig. - Wir haben hier von Ausbeutung, Unterstützung der Rüstungsindustrie und Ähnlichem gehört. Die Kämmerin und ihre Vorgänger haben mit Sicherheit

ethische Grundsätze eingehalten. Dafür haben diese Personen, die die Verantwortung hatten und haben, schon gesorgt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir Ausbeutung betrieben haben oder bewusst in Rüstungsbetriebe investiert haben. Das sollte man hier auch richtigstellen. Wir haben unsere Kämmerin ja gewählt, um hier in der Verantwortung tätig zu sein.

Insofern brauchen wir diesen Antrag nicht. Sehr gerne können wir dieses Thema im Finanzausschuss besprechen.

Weil das nicht in dem Antrag steht, war es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir ethische Voraussetzungen bei der Anlage unseres Geldes sicherlich schon erfüllen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Breite. - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde das jetzt nicht so hoch hängen. Dass hier eine solche Schwarz-Weiß-Malerei betrieben wird, finde ich auch nicht besonders gut.

Ich erinnere an dieser Stelle an die Beschlusslage der Stadt Münster, die als Vorlage genommen worden ist. Soweit ich weiß, ist die Stadt Münster immerhin auch bürgerlich und grün regiert. Dort haben die Kollegen das ein bisschen anders gesehen.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Insoweit finden wir das Anliegen richtig und freuen uns darüber, dass heute über soziale und ökologische Verantwortung bei städtischen Finanzanlagen gesprochen wird.

Ich kann schon einmal vorwegnehmen, dass wir dem Antrag natürlich zustimmen werden. Wir wären auch „mit draufgegangen“, wie es im Ratsjargon so schön heißt. Insoweit ist das also prima.

Ich muss aber auch sagen, dass mir der Beschluss aus Münster sehr gut gefällt; denn er macht konkrete Vorgaben für die zukünftigen Münsteraner Mindeststandards, die eben über die Gemeindeordnung hinausgehen, Frau Klug. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Dieser Beschluss stellt eine einzigartige Vorgehensweise in Deutschland dar. Wir hätten heute die Chance, das nachzumachen.

Der Antrag der Linken sieht im Beschlusspunkt 1 vor, dass die Stadt Köln sich zukünftig in ihrer Anlagepolitik an sozialen und ethischen Grundsätzen sowie Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit orientieren soll. Das kann man doch gar nicht oft genug sagen. Dass das hier so kleingemacht wird, finde ich, ehrlich gesagt, eine ziemlich laue Nummer; sorry.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Im Beschluss aus Münster steht:

- keine Beteiligung an Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Atomenergie erzeugen
- könnte kritisch werden -
- (Lachen von Ulrich Breite [FDP])
- ich sage ja: könnte kritisch werden -
- oder auf nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Schiefergasgewinnung (sogenanntes „Fracking“) betreiben.

Mittelfristig soll in Münster auch Folgendes gelten:

- keine Beteiligung an Unternehmen, die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Tierversuche für die Herstellung von Kosmetika durchführen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen worden sind.

Da geht es schon ziemlich weit.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das wird ein Problem!)

- Nein, nicht ein Problem. Es ist eine richtige grundsätzliche Frage, die man hier stellen soll. Man soll das aber nicht problematisieren. Das finde ich ärgerlich.

Wie man das alles umsetzen kann, wird in der Beschlusslage auch schon aufgezählt. Da kann sich unsere Verwaltung die Anregungen anschauen, um euren Beschlusspunkt 2 umzusetzen.

Auch euren Beschlusspunkt 3 können wir nur unterstützen - vor allem nach der Diskussion über unseren Antrag zur Transparenz. Die Kontrolle des Handelns muss besser werden. Daher ist ein regelmäßiger Bericht über die Berücksichtigung der oben genannten Mindeststandards nicht nur erwünscht, sondern sollte so was von selbstverständlich und obligatorisch sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Hegenbarth. - Herr Zimmermann für Deine Freunde, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Meine Fragen, die ich stellen wollte, hat Frau Klug schon beantwortet. Daher bleibt mir nur, den Linken für die Initiative zu danken und auf

eine möglichst fruchtbare Debatte im Finanzausschuss zu hoffen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann.

Es wurde beantragt, diesen Antrag in den Finanzausschuss zu verweisen, um ihn dort ausgiebig und intensiv zu behandeln.

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist einstimmig beschlossen, dass der hier unter TOP 3.1.3 vorliegende Antrag im Finanzausschuss behandelt wird.

Ich darf jetzt aufrufen:

3.1.5 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Kreuzblume vor dem Dompportal erhalten!“
AN/1716/2015

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1725/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind bei diesem Thema, das ja schon seit einigen Wochen und Monaten durch die Lande geistert, oft gefragt worden, ob es eigentlich nicht wichtigere Themen gebe. Ich will ausdrücklich sagen: Wir bejahen das. Es gibt in der Tat wichtigere Themen als die Frage, wo die Kreuzblume steht:

(Beifall)

Flüchtlingsunterbringung, Wohnungsbau, Ausbau der Bildungsangebote, Verkehrsfragen und im stadtentwicklungspolitischen Bereich heute die Historische Mitte, um nur einige Themen zu nennen.

Wir halten es aber für falsch, Zeit und Geld in die Verlagerung der Kreuzblume nach Deutz zu investieren.

Leider hat die Bezirksvertretung Innenstadt entschieden, die Kreuzblume zum 31. Dezember 2015 abzubauen und nach Deutz zu verlagern. Und es ist schlicht und einfach so: Wenn der Rat der Stadt Köln heute nicht aktiv wird, wird die Kreuzblume für einen Betrag von bis zu 100 000 Euro plus Personalaufwand versetzt. Das wollen wir nicht. Deswegen war ein Antrag im Rat der Stadt Köln erforderlich.

Ich will vorwegschicken: Ich halte es für bedauerlich, dass hierdurch ein Kompetenzstreit zwischen Rat und Bezirksvertretung entstanden zu sein scheint. Wir haben uns alle darauf verständigt, dass das Kompetenzgefüge zwischen Verwaltung, Rat und Bezirken neu justiert werden soll. Eine von der Verwaltung in der Vergangenheit eingebrachte Vorlage stieß nicht auf allseitige Zustimmung, weswegen wir uns ja für die nächsten Monate eine neue Debatte vorgenommen haben.

Wir halten aber auch die Kreuzblume als Inhalt eines Zuständigkeitsstreits zwischen Rat und Bezirksvertretung für falsch. Herr Kollege Hupke, bei allem Verständnis und Respekt für Ihre Position: Wir sind der festen Überzeugung, dass Sie sich sozusagen als Fanal für diese Frage ein falsches Objekt ausgesucht haben - und gleichzeitig einen falschen Ort; denn ohne Zweifel ist der Bereich westlich des Doms mitsamt des Kardinal-Höfner-Platzes ein Ort von überbezirklicher Bedeutung und eben kein Veedelsplätzchen. Auch die Kreuzblume selbst ist, seit es sie gibt, Ratsangelegenheit; denn mehrere Schenkungen haben die Erstellung der Kreuzblume im Jahr 1990/1991 überhaupt erst ermöglicht, und diese Schenkungen hat alle der Rat der Stadt Köln angenommen.

Das sind wichtige Formalitäten.

Ich sage ganz ehrlich: Ich hätte von der Verwaltung erwartet, dass sie ihrerseits zu einem deutlich früheren Zeitpunkt hierzu Stellung genommen hätte. Aber es hilft ja nichts. Dann müssen wir eben heute im Rat der Stadt Köln darüber debattieren.

Die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/ Die Grünen haben einen Änderungsantrag eingereicht, der in dieser Frage die Zuständigkeit der Bezirksvertretung anerkennt. Das kann man so machen. Wir sind ausdrücklich anderer Auffassung. Das habe ich eben kurz hergeleitet.

Sie trauen sich aber nicht, mit den Konsequenzen Ihrer eigenen Analyse zu leben; denn wenn CDU und Grüne heute diesen Antrag der Grünen beschließen werden, dann vertagen Sie letztlich eine Entscheidung, weil Sie inhaltlich keine gemeinsame Linie in der Frage „Soll die Kreuzblume bleiben, oder soll sie nach Deutz verlagert werden?“ haben. Sie werden aber von der Sache eingeholt werden. Das ist meine feste Überzeugung. Insofern hilft Ihnen das substanzial am Ende nichts.

Das waren alles wichtige Formalitäten. Ich will natürlich der Sache selbst nicht ausweichen und hier zumindest ein paar Gedanken zum inhaltlichen Hintergrund und zur Grundlage unserer Position vortragen.

Uns allen ist bekannt, dass die jüngste Debatte auf eine Empfehlung des StadtLabors Köln zurückgeht, das unter anderem zur Aufwertung des sogenannten Taubenbrunnens von Ewald Mataré diesen Vorschlag gemacht hat.

Mir ist allerdings wichtig, zu betonen, dass bei der Installierung des StadtLabors Köln der damalige Kulturdezernent Quander ausdrücklich zugesagt hat, auch öffentlich zugesagt hat, dass über die Ergebnisse dieses StadtLabors der Rat der Stadt Köln entweder komplett oder in den einzelnen Bereichen entscheiden würde und eben nicht eine Bezirksvertretung oder ein demokratisch nicht legitimes Gremium wie das Stadt-Labor.

Das ist aus unserer Sicht ein weiterer Grund, den Rat der Stadt Köln damit zu beschäftigen. Darauf legen wir auch Wert; denn so wertvoll solche Empfehlungen sind: Sie dürfen keine Eigendynamik entfalten, sondern der Rat ist und bleibt zuständig. Darauf legen wir Wert.

Eines stimmt: Der Taubenbrunnen wirkt so, wie er da jetzt liegt, im wahrsten Sinne des Wortes unscheinbar. Aber das Problem des Taubenbrunnens ist doch nicht die Kreuzblume, sondern die Platzgestaltung und das Umfeld insgesamt. Wir haben es hier mit einem Sammelsurium von Bodenbelägen zu tun. Hässliche Steinwürfel mit der Funktion von Pollern verunstalten diesen Platz. Nicht zuletzt die Bimmelbahn tut an dieser Stelle ihr Übriges - und vor allem die Domplatte selbst. Der Brunnen aus dem Jahr 1953 war aber zuerst da. Dann erst kam die Domplatte, deren Abschluss dem Brunnen so nahe gerückt ist, dass die Domplatte am Ende mit diesem Brunnen nicht harmoniert.

Alles das sind auch aus unserer Sicht richtige Ergebnisse und richtige Analysen. Sie haben aber keinerlei Korrelation zum Standort der Kreuzblume. Deswegen glauben wir, dass man hier sehr viel umfassender und sehr viel grundsätzlicher das westliche Domumfeld angehen muss.

Noch ein paar Worte zur Kreuzblume selbst: Angesichts dieses Betonriesen mag man die Nase rümpfen und meinen, das sei doch kein Kunstwerk. Aus Sicht der SPD-Fraktion will ich Ihnen aber ganz ausdrücklich sagen: Sie erfüllt eine wichtige Funktion. Sie ist - vielleicht ist das noch viel wichtiger - vielen Kölnerinnen und Kölnern ans Herz gewachsen. Sie ist ein beliebter Treffpunkt und ein beeindruckendes Objekt, um die ungeheuren Ausmaße des Doms zu ermessen. Deswegen gehört sie aus unserer Sicht ins unmittelbare Domumfeld und nirgendwo anders hin.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nur noch kurz darauf hinweisen, dass es schon seit langer, langer Zeit eine Debatte um eine Kreuzblume gibt. Schon im Jahre 1879 sah der damalige Dombaumeister Richard Voigtel eine dritte Kreuzblume vor, die in der Nähe des Doms aufgestellt werden sollte. Dazu kam es bekanntermaßen nicht. Erst zum Domjubiläum im Jahre 1980 wurde dann ein Plastikexemplar aufgestellt, das vom Sturm „Wiebke“ im Jahr 1990 zerstört wurde und dann mit vielen Spenden im

Jahr 1991 in der jetzigen Form wieder aufgestellt wurde.

1999 - ich will alle Kolleginnen und Kollegen daran erinnern - gab es auch schon einmal eine Debatte um den Standort der Kreuzblume. Da ging es nämlich um die Frage: Soll der Petrusbrunnen möglicherweise an deren Stelle an diesen Standort kommen? Seinerzeit ist ein Sturm der Entrüstung aus der Bürgerschaft über die damals Verantwortlichen hinweggefegt, und alle haben diese Idee ganz schnell wieder in die Schublade gelegt. Deswegen ist es aus unserer Sicht vollkommen richtig, dass der Petrusbrunnen die Kreuzblume an dieser Stelle nicht ersetzt hat.

Das Fazit aus unserer Sicht ist also: Nach dem Baptisterium und der Historischen Mitte ist nun die Domwestseite am Zug - aber mit der Kreuzblume; denn sie gehört zum Dom. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Börschel. - Herr Petelkau, bitte.

(Bernd Petelkau [CDU]: Die Antragsteller des Änderungsantrags sind doch normalerweise zuerst dran!)

- Das ist korrekt. - Frau Jahn.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Meine Stimme versagt nicht deswegen, weil ich gestern gefeiert oder gesungen hätte, sondern einfach deswegen, weil ich erkrankt bin. Es wäre schön, wenn das ein Resultat des 11.11. wäre. Es ist aber leider nicht so.

Ich stelle mir auch die Frage: Warum setzen wir uns so mit der Kreuzblume auseinander? Denn das Thema ist ja schon durch viele Ausschüsse gegangen. Der Kulturausschuss hat sich damit beschäftigt; der Stadtentwicklungsausschuss hat sich damit beschäftigt; die Bezirksvertretung hat sich damit beschäftigt. Die Frage muss ich aller-

dings zurückgeben; denn wir haben das Thema nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
- Martin Börschel [SPD]: Dann wäre sie versetzt worden! So einfach ist das!)

- Genau. - Ich würde aber gerne noch einmal sachlich an das Thema herangehen; denn es geht hier um die Kreuzblume im Blumenbeet am Kardinal-Höffner-Platz und eben nicht auf der Domplatte. Wir sind also auf einem relativ kleinen Platz in der Innenstadt und nicht auf der großen Domplatte. Die Kreuzblume ist zwar in direkter Nähe, aber eben nicht auf der Domplatte selber.

Es handelt sich - Herr Börschel hat auch sehr intensiv Wikipedia gelesen; ich habe mich ebenfalls darüber informiert -

(Martin Börschel [SPD]: Das hat mir alles Herr Bacher erzählt!)

um ein Betonimitat aus dem Jahre 1991. 1991 hat das Verkehrsamt es auf dem Kardinal-Höffner-Platz abgestellt. Das stimmt so.

Die Kreuzblume im Blumenbeet ist heute ein Treffpunkt für viele. Viele Stadtführungen starten an der Kreuzblume. Das stimmt ebenfalls.

Wir beschäftigen uns schon lange mit der Suche nach einem Alternativstandort. Richtig ist auch, dass die Fachverwaltung gar keinen Bedarf sah, einen Alternativstandort zu finden, weil sie gesagt hat: Das ist ein Betonimitat und hat keinen Wert; eigentlich könnte die Kreuzblume auch in die Steinmühle.

Die BV hat aber - auch in Zusammenarbeit mit dem Grünflächenamt - dann doch noch einen Standort gefunden, und zwar am Kennedy-Ufer im Rechtsrheinischen. Er ist sogar in Sichtbeziehung zum Dom. Von dort sieht man auf der einen Seite die Kreuzblume, die am rechten Rheinufer steht, und auf der anderen Seite das Original, nämlich den Dom. Meines Erachtens ist das eine gute Lösung.

Nun zu den Zuständigkeiten - denn darum dreht sich ein bisschen die Schwierigkeit, glaube ich -: Der Kardinal-Höffner-Platz ist in unseren Augen alleinige Angelegenheit der Bezirksvertretung. Ich finde, dass der Rat gut daran tut, die Zuständigkeit der BV nicht in Abrede zu stellen und diese Angelegenheit nicht machtpolitisch an sich zu ziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Deinen Freunden)

Alle im Rat vertretenen demokratischen Parteien sprechen in unterschiedlicher Tonalität über die Stärkung der Bezirke. Hier haben wir eine Zuständigkeit, die bei den Bezirken liegt. Daran zu zweifeln, wäre für alle Bezirke ein sehr irritierendes Signal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Deinen Freunden)

Lassen Sie mich jetzt die inhaltliche Positionierung der grünen Ratsfraktion darstellen. Wir schließen uns der Position der Bezirksvertretung an. Auch im Stadtentwicklungsausschuss haben wir das Thema behandelt und gesagt, dass die Kreuzblume wegmuss. Der Kulturausschuss hat sich dafür ausgesprochen. Der Kunstbeirat hat sich dafür ausgesprochen. Die Fachverwaltung hat sich dafür ausgesprochen. Das StadtLabor hat die Empfehlung abgegeben, dass im Sinne einer Entrümpelung des öffentlichen Raums die Kreuzblume vom Kardinal-Höffner-Platz entfernt werden soll.

Dadurch wird es zu der notwendigen Aufwertung des Platzes kommen. Die anderen Maßnahmen, gerade was die Domplatte betrifft, sind natürlich notwendig. Wir müssen den Platz und das westliche Domumfeld grundsätzlich aufwerten. Dagegen habe ich auch gar nichts. Die Entfernung der Kreuzblume wäre aber der erste Schritt in die richtige Richtung. Der Platz könnte nämlich ein bisschen aufatmen und erhielte eine gewisse Freizügigkeit. Der Taubenbrunnen von Ewald Mataré würde endlich aus seiner Unbedeutsamkeit und seiner Unaufmerksamkeit, die er zurzeit hat, ein bisschen aufgewertet werden. Das wäre also der erste Schritt in die richtige Richtung.

Dieser Auffassung schließt sich unabgesprochen auch Stadtdechant Monsignore Kleine an. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, dass dieses Objekt, das eben nicht Kunst im öffentlichen Raum, sondern Beton im öffentlichen Raum ist, weggommt.

Unser Vorschlag geht heute in folgende Richtung: Wir merken, dass es einen Konflikt gibt, und würden gerne dazu beitragen, dass dieser Konflikt dialogisch geklärt wird und es eine Verständigung gibt, mit der dann hoffentlich alle leben können. Zumindest würden wir diesen Dialog gerne noch einmal versuchen. Wir regen an, dem zu folgen.

Unser Vorschlag ist, dass die neue Oberbürgermeisterin - natürlich erst dann, wenn sie wieder fit ist - mit dem Bezirksbürgermeister der Innenstadt einen Dialog mit dem Ziel führt, eine Verständigung zu erreichen. Dieses Ergebnis wird dann dem Rat vorgelegt. Bis dahin beauftragen wir die Verwaltung, der Versetzung der Kreuzblume nicht zu folgen. Sie bleibt also erst einmal da, wo sie ist, bis dem Rat mitgeteilt wird, wie ein möglicher Konsens aussehen könnte.

Wir hoffen, dass dieser Vorschlag im Rat eine Mehrheit findet. Schließlich sind wir alle an einer Einigung interessiert - und nicht an einem Konflikt an dieser Stelle, wo sich die Bevölkerung wirklich fragt, ob wir im Rat nichts Besseres zu tun haben, als uns mit der Kreuzblume im Blumenbeet zu beschäftigen. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:

Danke schön, Frau Jahn. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bezirksvertretung Innenstadt hat mit ihrer Entscheidung zur Versetzung der Kreuzblume nicht nur eine inhaltliche Forcierung dieses Themas betrieben, sondern

auch eine Grundsatzfrage noch einmal in den Mittelpunkt gestellt, nämlich die Frage der Zuständigkeitsverteilung zwischen Rat und Bezirksvertretungen.

Man kann trefflich darüber streiten, ob jetzt alle Plätze in der Zuständigkeit einer Bezirksvertretung sein müssen. Wir müssen in diesem konkreten Fall allerdings konstatieren, dass der Kardinal-Höffner-Platz nicht Teil des Platzkonzeptes ist und damit natürlich auch nicht automatisch in die Zuständigkeit des Rates fällt. - Das ist die erste Feststellung, die wir zunächst einmal treffen müssen.

Die zweite Frage ist: Ist dieser Platz von überörtlicher Bedeutung? Darüber kann man lange streiten. Wir sind auch seitens der CDU der Auffassung, dass der Rat hier eine gewisse Zuständigkeit auf jeden Fall auf seiner Seite sieht.

Der dritte Punkt ist - unabhängig von der Zuständigkeit hinsichtlich der Platzgestaltung - die Frage der Schenkung. Dieser Punkt ist nicht wegzudiskutieren, weil die Schenkung natürlich an den Rat insgesamt erfolgt ist und damit den Kölner Bürgerinnen und Bürgern insgesamt ein Geschenk gemacht worden ist, das auf Kölner Grund und Boden auch würdig zu behandeln ist.

Deshalb halten meine Fraktion und ich den Vorschlag der Verwaltung, das Ganze in eine Betonmühle zu kippen, für etwas, dem wir nicht so einfach folgen sollten - insbesondere deshalb nicht, weil wir dieses Kunstwerk schon eine gewisse Zeit in Köln haben. Was in Köln länger als fünf Jahre an einem Platz steht, ist auch schnell zur Tradition und zum Brauchtum geworden. Das ist gar keine Frage.

Meine Damen und Herren, diese Grundsatzentscheidung würden meine Fraktion und ich aber gerne nicht heute treffen, weil wir von der Verwaltung auch noch einmal die Gemengelage zwischen Rat und BV dargestellt bekommen möchten.

Im Übrigen ist das Thema Zuständigkeitsordnung noch offen. Daran darf ich an dieser Stelle auch einmal erinnern. Herr Roters hat

uns über Jahre hinweg versprochen, dass das auf die Tagesordnung des Rates kommt. Es ist nicht draufgekommen.

(Susana dos Santos Herrmann
[SPD]: Das lag aber nicht an Herrn
Roters!)

Vor diesem Hintergrund bedarf es noch einiger klärender Dinge, bevor wir als CDU-Fraktion hier eine finale Entscheidung treffen können.

Deshalb können wir uns für den Änderungsantrag der Grünen, der die Klärung dieser Frage durch unsere neue Oberbürgermeisterin vorsieht, erwärmen - wobei ich ganz deutlich dazusagen möchte: Wir sehen in diesem Änderungsantrag kein Präjudiz dafür, dass nun gerade die Bezirksvertretung zuständig ist. Vielmehr ist das eine ergebnisoffene Diskussion.

Auf der heutigen Tagesordnung steht ja noch ein anderer großer Punkt, nämlich die Neugestaltung der Historischen Mitte Köln. An dieser Stelle erhoffe ich mir auch, dass wir über alle großen Fraktionen hinweg einen Kompromiss erreichen, mit dem wir leben können; denn der Bürger hat sicherlich kein Verständnis dafür, dass wir mit solchen großen Dingen im parteipolitischen Kleinklein agieren.

Ich glaube, dass die Zeit in den nächsten Wochen genutzt werden kann - ich hoffe, dass unsere Oberbürgermeisterin bald die Gelegenheit hat, ihre Amtsgeschäfte aufzunehmen -, um diese Aufgabe zu bewältigen. Deshalb halte ich es für wichtig, dass wir diese Entscheidung heute nicht treffen, weder in die eine noch in die andere Richtung, sondern noch einmal eine sorgfältige Abwägung haben, nach der wir gemeinsam zu einer Entscheidung kommen, die diese Stadt voranbringt; denn wir haben - da kann ich meinen Vorrednern nur beipflichten - zurzeit wesentlich dringendere Themen als dieses hier mit Verve zu forcieren. Es warten Tausende von Menschen auf Unterbringung in dieser Stadt, und wir müssen Finanzprobleme lösen. Diese Dinge müssen wir mit großer Kraft vorantreiben. Ich glaube, dass wir die nötige Zeit jetzt noch brauchen.

Deshalb möchte ich noch einmal betonen: Wir werden heute dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen, um die Diskussion dann in der nächsten Ratssitzung entsprechend zu forcieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Petelkau. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allen Dingen liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne! Ich finde das eigentlich sehr schön. Wir haben bisher nur Sachen gehört, die sehr technisch waren und von unseren Zuschauerinnen und Zuschauern gar nicht richtig nachvollzogen werden können; es sei denn, sie haben sich die Ratsvorlagen intensiv angeschaut. Die Kreuzblume ist aber etwas, an dem wir täglich vorbeikommen, wobei wir sie schon gar nicht mehr wahrnehmen.

Ähnlich habe ich das auch in der BV Innenstadt gesagt, in der ich nicht stimmberechtigt bin; ich habe dort vertreten.

Ich finde es sehr amüsant, zu sehen, welche Koalitionen sich in verschiedenen Gremien zurzeit zusammenfinden. Jetzt versucht die Ratsfraktion der Grünen, das zu heilen, was in der BV Innenstadt mit den Stimmen der CDU beschlossen worden ist. Das halte ich persönlich für einen kuriosen Vorgang, weil ich die Arbeit der BV Innenstadt sehr schätze und auch deren Beschlüsse achte.

Auf der anderen Seite - das hat Herr Petelkau sehr richtig gesagt - gibt es hier auch eine Überschneidung. Herr Börschel hat eben von Kosten von circa 100 000 Euro gesprochen. Da hat der Rat in der Tat mitzureden.

Die Konfliktlösung, die die Grünen anstreben, ist durchaus zu begrüßen.

Die Kreuzblume ist definitiv kein Kunstwerk; denn es handelt sich dabei lediglich um eine

Betonkopie. Nichtsdestotrotz darf die damals getroffene Entscheidung, dort eine preisgünstige Variante hinzustellen - Herr Börschel hat die Historie gerade noch einmal dargestellt -, heute nicht zum Nachteil gereichen.

Lassen Sie uns die Kreuzblume, die ein beliebter Treffpunkt ist, einstweilen einfach an der Stelle stehen, an der sie steht, und schauen, wie wir gemeinsam mit der BV Innenstadt weiterkommen.

Eines muss uns aber vor allen Dingen klar sein: Man kann nicht endlos weiter diskutieren, um hier irgendeine, wie auch immer geartete, Lösung hinzubekommen. An dieser Stelle geht es um 100 000 Euro. Diese 100 000 Euro können wir in unserer Stadt im Moment sehr viel besser verwenden als dafür, die Kreuzblume einmal quer durch die Stadt zu transportieren, um hinterher auch noch unzufrieden zu sein. - Danke.

(Beifall bei der Linken, der SPD und den Piraten)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Stahlhofen. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Eigentlich könnte man ja der Meinung sein, dass man heute an etwas Historischem teilnimmt. Immerhin liegen hier im Stadtrat der erste alleinige SPD-Antrag seit gefühlt zehn Jahren und der erste alleinige Grünen-Antrag seit vielleicht elf Jahren vor.

(Martin Börschel [SPD]: Da hast du aber kein gutes Gedächtnis!)

Dabei geht es um so ein bewegendes Thema, über das sich die Koalitionäre zerstreiten, wie die Kreuzblume.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wahrscheinlich erleben wir hier die Abenddämmerung einer glücklosen Koalition. Und wie das in ge-

scheiterten Beziehungen eben ist: Dann streitet man sich vielleicht eher darüber, wie man die Zahnpastatube zusammenrollt, als darüber, ob man noch ein weiteres Kind haben will.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Sie haben vollkommen recht: Wir haben viel wichtigere Themen in allen politischen Bereichen. Auch bei der Stadtgestaltung haben wir viel wichtigere Themen. Ich will hier gar nicht die großen Themen wie den Ebertplatz, den Barbarossaplatz und den Neumarkt aufrufen.

Vor einiger Zeit habe ich mich einmal bei der Verwaltung darum bemüht, Altglascontainer vom Friesenplatz wegzubekommen, weil sie dort das Stadtbild störten. Ich habe es nicht geschafft. Sie sehen also: Man kann überall in dieser Stadt Gutes für das Stadtbild tun.

Bei den beiden heute vorliegenden Anträgen schlagen durchaus zwei Herzen in meiner Brust.

Einerseits bin ich durchaus für den Antrag der SPD, den ich - das habe ich auch öffentlich schon gesagt - inhaltlich voll teile. Ich finde, dass die Kreuzblume an dieser Stelle genau richtig steht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Beispiel hat die *Kölnische Rundschau* ein sehr schönes Foto veröffentlicht, das von unten aufgenommen wurde und auf dem die Nachbildung der Kreuzblume aus Beton zusammen mit dem Original der Kreuzblume auf dem Domturm zu sehen ist. Es ist ja der Sinn der Sache, dass man vor dem Dom steht und sagen kann: Boah, guck mal hier; so groß ist das, was da oben so klein wirkt.

Deswegen hilft es nichts, die Kreuzblume mit einer Sichtbeziehung nach Deutz oder sonst wohin zu stellen, wo man den Dom noch sehen kann; denn sie wirkt genau an dieser Stelle. Dafür ist sie da. Dort steht sie aus meiner Sicht genau richtig.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Oben auf dem Kalkberg als Gipfelkreuz!)

- Herr Frank, ich sehe schon, dass Sie meine Argumentation nicht verstanden haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wäre doch einmal ein Vorschlag!)

Andererseits habe ich auch Sympathie für den Antrag der Grünen, weil er darauf abzielt, diese Frage noch einmal im Dialog zu klären; denn natürlich kommt unserer neuen Oberbürgermeisterin hier auch eine wichtige Funktion zu.

Frau Kollegin Jahn, ich sehe es nicht so, wie das auch bei Ihrer Rede ein bisschen zum Ausdruck kam, dass wir damit diese Rechtsauffassung bereits bestätigen würden. Herr Börschel hat das auch gesagt. Nach meiner Einschätzung lassen wir gerade die Frage offen, wer eigentlich rechtlich dafür zuständig ist.

Ihr Antrag macht ja auch nur so Sinn, liebe Frau Jahn. Als Rat können wir hier doch nur dann etwas anhalten, wenn wir der Meinung sind, dass wir dafür zuständig sind. Sonst könnten wir ja jeden Beschluss einer Bezirksvertretung aussetzen oder wieder zurücknehmen.

Das bedeutet, dass auch die grüne Fraktion das Beratungsrecht des Rates in diesen Fragen anerkennt. Herr Börschel hat das auch entsprechend gesagt.

Deswegen gewinnen wir mit dem Beschlussvorschlag der Grünen Zeit und können die Sachen noch einmal durchdiskutieren. Das ist auch der Grund, warum das Pendel bei der FDP-Fraktion zugunsten des Antrags der Grünen ausgeschlagen hat.

Wir werden Ihrem Antrag also zustimmen und hoffen, dass diese Frage im Dialog zwischen Stadtebene und Bezirksvertretung geklärt werden kann, damit wir hier keine Machtentscheidung brauchen. Wie gesagt, hoffe ich, dass die Kreuzblume am Ende dieses Prozesses dann an ihrer Stelle auf dem Kardinal-Höffner-Platz stehen bleiben kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich will noch ein paar ganz kurze Anmerkungen machen. Das ist so üblich. Es wurde schon von allen alles gesagt - und jetzt auch noch von mir.

Ein Facebook-Nutzer hat uns ebenfalls gefragt, ob es nichts Wichtigeres gebe, zum Beispiel die anstehende UN-Klimakonferenz in Paris. Zu diesem wichtigeren Thema wird der Rat dieser Stadt heute nichts zu vermelden haben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Du hättest ja etwas einbringen können! Das hast du ja nicht getan!)

- Das wollte ich nur diesem Facebook-Nutzer antworten - und ein paar Bemerkungen zur vermaledeiten Kreuzblume machen.

Ich muss Ihnen ein wenig widersprechen, Frau Scho-Antwerpes. Ganz zu Beginn haben Sie gesagt, die halbstündige Verzögerung des Beginns der Ratssitzung sei notwendigen Debatten geschuldet, die üblicherweise hier geführt werden, und es sei schon okay, dass man etwas später anfangen. Das sehe ich nicht so; denn die Debatten sind schon seit Jahren in verschiedenen Gremien geführt worden. Frau Jahn hat das vorhin erwähnt. Diese Sache ist auch schon in einem entscheidenden Gremium entschieden worden, und zwar in der Bezirksvertretung Innenstadt.

Nun möchte die SPD, weil sie in diesem Gremium und auch in den anderen Gremien inhaltlich unterlegen ist, dies in den Rat zurückholen. Was bedeutet das? Bedeutet das, dass wir das besser entscheiden können als die Bezirksvertretung Innenstadt? Bedeutet das, dass wir das verantwortungsbewusster entscheiden können als die Vertreter, die dort sitzen? Bedeutet das, dass wir mehr Grips und mehr Know-how von

Stadtgestaltung haben als der Gestaltungsbeirat, der sich auch dagegen ausgesprochen hat? Ich finde das schon sehr eigenartig und auch sehr anmaßend.

Meines Erachtens sollten wir schlicht und einfach dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt folgen. Das ist ein demokratisch gewähltes Gremium. Darin sitzen auch kluge Leute. Dieser Antrag und diese Debatte heute sind vollkommen überflüssig.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zur Erinnerung - Frau Jahn hat ja die Stein- oder Betonmühle ins Gespräch gebracht -: Es gab auch eine recht schöne andere Idee, und zwar vom Gestaltungsbeirat. Der Architekt Jürgen Minkus hatte für den Gestaltungsbeirat vor zwei Jahren vorgeschlagen, die Kreuzblume doch in die Eifel zu versetzen. Darüber mag man zwar lachen. Das war aber wenigstens eine Idee, die Witz, Charme und einen gewissen Esprit hatte. Ich persönlich wäre stolz darauf gewesen, wenn wir uns dazu durchgerungen hätten.

Der Antrag der SPD will sie aber nur da stehen lassen. Er will die Kreuzblume noch nicht einmal innerhalb des Domumfeldes irgendwo anders hinstellen. Sie soll einfach da stehen bleiben, wo sie jetzt steht.

Dazu möchte ich den Dompropst Norbert Feldhoff zitieren, der laut *Express* vom 31. Mai 2013 gesagt hat:

„Die Kreuzblume steht wirklich total falsch. Sie erschlägt den Taubenbrunnen. Aber: Viele staunen über die Dimensionen - Touristen, aber auch Eltern mit ihren Kindern.“ Feldhoff könnte sich die Kreuzblume auf der Empore der Domplatte am Römerbogen (Trankgasse) vorstellen.

Er plädierte selber aber auch nicht dafür, sie an dieser Stelle stehen zu lassen.

Wir werden dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen und hoffen, dass sich am Ende der Beschluss der Bezirksvertretung

Innenstadt durchsetzt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. Sie sehen, wie viel Verhandlungsbedarf es noch gibt. Es haben sich fast alle zu Wort gemeldet. - Jetzt kommt der Bezirksbürgermeister Innenstadt, Herr Hupke.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Frau Scho-Antwerpes! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meinen Vorrednerinnen und Vorrednern für die sachliche Ausführung und Diskussion. Ich danke auch Martin Börschel, weil er in der Sache sehr offen ist, auch wenn wir unterschiedliche Meinungen haben. Dann kann man auch dementsprechend miteinander umgehen. Das will ich hier auch tun und sachlich argumentieren.

Jetzt wurden 100 000 Euro genannt. Die Zahl steigt immer weiter. Wir waren erst bei 18 000 Euro und dann bei 60 000 Euro. Darüber kann man aber auch noch reden. Die Aufstellung der Kreuzblume war ja damals eine unglaublich klasse Sache der Betonindustrie. Sie hat damit einen ordentlichen PR-Gag erzielt und auch ein gutes Marketing gemacht. Mit der Industrie kann man jetzt auch wieder sprechen. In Köln gibt es große Kranfirmen. Wenn man mit ihnen redet, kommen sie einem vielleicht auch entgegen. „Sponsoring“ ist hier das Zauberwort. Ob es bei dieser Summe bleibt, wird man dann sehen.

Natürlich wird gefragt, ob wir keine anderen Probleme hätten. Ich wohne seit 41 Jahren in dieser Stadt, bin hier hängen geblieben und liebe sie in ihrer Gänze. Diese Argumentation kommt natürlich immer. Wir brauchen aber auch kleine Dinge wie Zebrastreifen und kleine Kreisverkehre. Im Ganzen der Stadt ist das auch etwas Großes. Für die Menschen ist es auch wichtig, dass dort etwas getan wird, wo ihnen der Schuh drückt.

Folgendes will ich noch zum Besten geben: Die Umbenennung in Kardinal-Höffner-Platz haben wir auch in der BV beschlossen. Erstens haben wir damit einem großen Kirchenmann, den ich auch persönlich sehr verehrt habe, obwohl ich von der anderen „Fakultät“ getauft bin, einen Platz gewidmet. Zweitens haben wir damit KölnTourismus einen großen Gefallen getan. KölnTourismus hatte früher die Anschrift: Unter Fettehennen 19. Das haben wir im Konsens dann auch im Rahmen der ganzen Vorschriften alles hingekriegt, auch mit der Verwaltung. Der Chef von KölnTourismus sagte uns nämlich immer wieder: Bitte ändert das; denn die englischen Touristen fragen dauernd: Where is „under fat chicken“? - Deshalb war KölnTourismus sehr froh über die Umbenennung.

Jetzt geht es um die Kreuzblume auf diesem Platz. Wir haben die Menschen, die zu uns gekommen sind und auch zu mir gekommen sind, immer ernst genommen. Es geht hier nicht um Eitelkeiten und große Streitigkeiten. Dazu sage ich gleich noch etwas. Frau Professor Schock-Werner war auch immer dagegen. Sie war immer dagegen und hat das immer offen gesagt.

Was das StadtLabor angeht, Kollege Börschel, habe ich mich übrigens auch mit Herrn Professor Quander gestritten. Ich habe ihn sehr geschätzt. Wir haben uns damals beruflich auch noch für ihn eingesetzt. Als Rentner kann ich jetzt ja freier reden. Ich habe ihm dann auch gesagt, dass er falsch damit gelegen hat, die BV da völlig herauszuhalten. Es gibt ja zum Beispiel den Johann Adam Schall von Bell in der Minoritenstraße. Das ist jetzt so. Lasst uns das dann zumindest gemeinsam diskutieren.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der bleibt da!)

Wir haben auch eingeladen. Wir haben das StadtLabor und alle Politikerinnen und Politiker eingeladen. Sie haben eine große Runde durch die Innenstadt gedreht und dann gefragt: Wieso geschieht hier politisch nichts?

Dann bin ich zwar nicht an die Kreuzblume genagelt worden, aber ans Fensterkreuz. Ich war nämlich der Einzige, der da war. Die haben gesagt: Wenn die Politik nichts macht, dann kriegt ihr von uns unglaublich Druck. Das steht auf dem Kardinal-Höffner-Platz.

Dann haben wir uns der Sache angenommen. Wir haben den Stadtdechanten eingeladen. Er hat eine halbe Stunde bei uns geredet. Sein Schlusswort war - das steht auch im Internet -: Die Kreuzblume muss weg.

Lassen Sie uns das doch jetzt so machen. Weihnachten steht vor der Tür. Dann brauchen wir doch Frieden. Das ist der dritte Weg. Im Übrigen erinnert mich das auch ein bisschen an die Schenkung des Denkmals für unseren Ehrenbürger Willy Millowitsch. Wenn das eine Mehrheit kriegen würde, wäre es doch gut. Dann stemmen wir das auch zusammen - auch wenn die Kreuzblume 30 Tonnen schwer ist. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Bezirksbürgermeister. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die uns möglicherweise draußen noch folgen! Es ist ja viel spekuliert worden, warum jetzt eigentlich wer wie und wo dieses Thema aufgegriffen hat. Ich will nur eines noch einmal ganz offen sagen: Wenn wir als SPD-Fraktion jedes Thema, bei dem wir mal in einer der neun Bezirksvertretungen unterliegen, zum Rats Thema machen würden, dann hätten wir viel zu tun. Ich kann Ihnen also versichern, dass es uns an dieser Stelle wirklich darum geht, eine Sachentscheidung zu treffen, die vielen Menschen am Herzen liegt.

Die Äußerungen in der Öffentlichkeit nehmen wir ja alle wahr. Kollege Hupke hat das in einer anderen Konnotation und mit einem anderen Schwerpunkt auch schon einmal

beschrieben. Ob wir Leserbriefe zur Kenntnis nehmen oder in die sozialen Netzwerke schauen, sehen wir: Dieses Thema bewegt die Menschen schon. Ob es nun von weltweiter Bedeutung sein mag, ist zugegebenermaßen eine andere Frage. Aber bedeutsam ist es offensichtlich für viele schon.

Eines muss man auch noch einmal in den Mittelpunkt rücken: Der Rat der Stadt Köln hätte sich nach unserer Auffassung ja gar nicht damit beschäftigen müssen, wenn es nicht den Beschluss gäbe: Weg damit nach Deutz, und zwar für einen mindestens fünfstelligen Betrag.

Ich habe vorhin auch ganz bewusst von bis zu 100 000 Euro gesprochen. Das sind aber die letzten Schätzungen, die mir aus der Verwaltung mitgeteilt wurden, weil es nicht nur um den eigentlichen Versetzungsakt gehen würde, sondern möglicherweise auch um ein Fundament und Ähnliches mehr. Aber wir werden es im Fall der Fälle ja sehen.

In solchen Fällen werden immer Protagonisten herangezogen, die vermeintlich die eine oder die andere Position unterstützen. Bisher ist das Allermeiste richtig zitiert worden, glaube ich.

Den *Express*, der hier mit Bezug auf den hochgeschätzten ehemaligen Dompropst Norbert Feldhoff genannt worden ist, habe ich jetzt nicht mehr vor Augen. Ich habe mir aber noch einmal ein Interview mit ihm im domradio vom 17. Dezember 2014 angesehen.

Dort hat er ausdrücklich gesagt, er sei in der Sache hin- und her gerissen. Es gebe Gründe für die Verlagerung und Gründe gegen die Verlagerung. Wenn man tatsächlich an eine Versetzung denke, dann solle diese aber in unmittelbarer Nähe des Doms erfolgen, und zwar mit Blickkontakt zum Dom, weil das gerade die besondere pädagogische Bedeutung dokumentiere.

So hat er sich wörtlich ausgedrückt. Das kann man sich ansehen. Dann hat man seinen O-Ton in Wort und Bild.

Es sind ja - deswegen bin ich eigentlich noch einmal ans Pult gegangen - manchmal die vermeintlich kleinen Dinge, die die interessantesten Signale aussenden. Das kann bei Dringlichkeiten der Fall sein, aber auch bei Kreuzblumen. Deswegen sollten wir alle sehr genau zur Kenntnis nehmen, wie heute hier die Abstimmungen erfolgen.

An dieser Stelle will ich noch einmal zwei Dinge zusammenfassen.

Einerseits geht es um die Frage der Zuständigkeit, also darum, welches Gremium das entscheiden darf. Dazu gibt es verschiedene Aussagen. Ich bin da sehr klar für Offenheit und Transparenz, damit jeder hier im Saal, aber auch draußen weiß, wie die Positionen sind.

Frau Kollegin Jahn von den Grünen hat in dankenswerter Offenheit gesagt, zuständig sei die Bezirksvertretung und niemand anderes sonst.

Kollege Petelkau von der CDU hat gesagt, die Zuständigkeit sei unklar; deswegen wolle er das noch geklärt haben; bis zur Ratssitzung im Dezember dieses Jahres möge man das bitte genauer herausfinden.

Kollege Sterck von der FDP hat gesagt, die Zuständigkeit liege eigentlich beim Rat; durch den Antrag der Grünen werde das auch dokumentiert; denn der Rat könne nur etwas zurückholen, wenn er auch zuständig sei.

Insofern haben wir in der Frage der Zuständigkeit ein klares Ja, ein klares Nein und ein klares Unentschieden - und trotzdem eine gemeinsame Position.

Andererseits geht es um die inhaltliche Frage, also darum, was denn jetzt mit der Kreuzblume passieren soll. Soll sie stehen bleiben? Soll sie nach Deutz? Soll sie auf den Kalkberg oder sonst wohin?

Die Kollegin Jahn von den Grünen sagt in erfreulicher Eindeutigkeit: Die Kreuzblume muss dort weg.

Der Kollege Petelkau von der CDU sagt: Das ist noch unklar; wir müssen das offen-

lassen, damit wir darüber nachdenken können.

Der Kollege Sterck von der FDP sagt: Sie muss da bleiben, wo sie ist.

Wir erleben jetzt den wunderbaren Umstand: Hier stimmt zusammen, was inhaltlich nicht zusammenpasst. Das finde ich sehr spannend. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Börschel. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur noch einmal auf unseren Antrag hinweisen, also den eigentlichen Antrag, den wir eingebracht haben. Wir treffen heute keine Entscheidung, weder über Zuständigkeiten noch über Standorte. Deshalb sollte man nicht mehr hineingeheimnissen als notwendig. In unserem Antrag geht es darum, einen Weg zu öffnen, damit es hier nicht zu einer unnötig zugespitzten Konfrontation kommt. Wir nehmen die Arbeit der Bezirksvertretungen nämlich sehr ernst. Das sollte man auch in diesem Fall. Insofern ist unser Vorschlag ein Verfahrensweg - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frank. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Börschel, ich gehöre zu der Generation, die in der Schule auch Mengenlehre hatte. Das ist das mit den Dreiecken, Kreisen und Quadraten in verschiedenen Farben. Jetzt gibt es eben trotz verschiedener Farben und Formen eine gemeinsame Schnittmenge der drei Fraktionen, die Sie gerade genannt haben. Und das ist der Antrag der Grünen.

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe nichts anderes gesagt!)

Und dann gibt es noch ein rotes Quadrat. Das ist außerhalb dieser Schnittmenge und findet leider keine Mehrheit.

(Heiterkeit und Beifall bei Deinen Freunden und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Ja, so ist das!)

Das ist mathematisch und logisch zu begründen und kein Skandal, sondern einfach ein demokratisches Votum, das gleich gefällt wird. - Danke schön.

(Beifall bei Deinen Freunden, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD abstimmen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Erst muss über den Änderungsantrag der FDP abgestimmt werden!)

- Nein. Der kann sich ja dann unter Umständen erledigen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Der ist aber dann weg, und dann haben wir gar nichts!)

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD abstimmen. So habe ich es formuliert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Unser Antrag ist ein Änderungsantrag! - Weitere Zurufe und Gegenrufe - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Bürgermeisterin hat eben gefragt, ob es ein Änderungsantrag wäre, und ich habe dem zugestimmt, weil sie dargestellt hat, dass verfahrensmäßig nie zwei Anträge gehen! Wenn das aber so ist, muss erst über den Änderungsantrag abgestimmt werden, und

dann schauen wir weiter! - Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Trotz der unterschiedlichen Diskussionen, die immer noch vorherrschen, lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der Grünen abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die Grünen, Deine Freunde, die CDU, die FDP und Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag beschlossen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Jetzt kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Finanzielle Förderung des Kölner Karnevals auf dem Prüfstand“ AN/0475/2015

Antwort der Verwaltung vom 12.11.2015 3480/2015

Eine Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Wie kann die Stadt die enorme Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge in Köln besser koordinieren?“ AN/1349/2015

Antwort der Verwaltung vom 02.11.2015 3177/2015

Dazu liegt auch eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Auch nicht.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Sachstands-Abfrage: Wie geht

es weiter mit dem Beschluss der BV Innenstadt für eine lizenzierte Abgabestelle von Cannabis-Produkten?“ AN/1350/2015

Antwort der Verwaltung vom 10.09.2015 2682/2015

Eine Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Die letzte Frage wurde ja noch nicht beantwortet, weil noch die Stellungnahme der Polizei abgewartet werden muss. Das bekommen wir noch, oder?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Beigeordnete Klug, bitte.

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich habe die Frage akustisch nicht verstanden!)

Thomas Hegenbarth (Piraten): Die Beantwortung der letzten Frage ist noch nicht erfolgt, weil die Stellungnahme der Polizei abgewartet werden muss. Die kommt aber noch, oder?

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ja, klar!)

- Okay.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gut. - Dann werden wir die Antwort beim nächsten Mal bekommen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in Godorf“ AN/1305/2015

Antwort der Verwaltung vom 07.10.2015 2833/2015

Es liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

**4.5 Anfrage der Gruppe AfD betreffend „Hotelunterbringung von Asylsuchenden“
AN/1523/2015**

**Antwort der Verwaltung vom
12.11.2015
3433/2015**

Dazu gibt es ebenfalls eine Antwort der Verwaltung. - Ich sehe keine Wortmeldungen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.6:

**4.6 Anfrage der Gruppe AfD betreffend „Plakataktion ‚Where Are We Going‘“
AN/1525/2015**

**Antwort der Verwaltung vom
29.10.2015
3184/2015**

Eine Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch nicht.

Zu Tagesordnungspunkt 4.7:

**4.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Energiemanagement und Energie-Einsparkonzepte“
AN/1698/2015**

Die Antwort liegt vor. Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

(Zuruf: Dazu liegt keine Antwort vor!)

- Richtig. - Frau Klug, möchten Sie diese Anfrage jetzt beantworten, oder geht die Antwort schriftlich zu?

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Dazu ist eine umfangreiche Recherche erforderlich. Wir haben diese Anfrage erst vor zwei oder drei Tagen erhalten und können sie heute noch nicht beantworten. Die Antwort wird nachgereicht. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Vielen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 4.8:

**4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Wann gibt es den ersten Podcast der Kölner Ratssitzung?“
AN/1700/2015**

Die Antwort kommt noch. - Danke schön.

Zu Tagesordnungspunkt 4.9:

**4.9 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Flüchtlingsunterbringung in Köln“
AN/1702/2015**

**Antwort der Verwaltung vom
12.11.2015
3502/2015**

Eine Teilbeantwortung liegt zwar schon vor; die komplette Antwort kommt aber noch.

Zu Tagesordnungspunkt 4.10:

**4.10 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Köln“
AN/1703/2015**

**Antwort der Verwaltung vom
12.11.2015
3502/2015**

Eine Teilbeantwortung liegt bereits vor; die komplette Antwort folgt noch.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, unter Punkt 5 haben wir nichts vorliegen.

Dann kommen wir zu:

6 Ortsrecht

Ich rufe auf:

6.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

6.1.1 Verlängerung des Durchführungszeitraumes für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung „Umfeld Archäologische Zone am Rathaus“

2674/2015

Der Stadtentwicklungsausschuss und die Bezirksvertretung 1 haben jeweils einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann stimmen wir ab. Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist diese Verlängerung so genehmigt.

Die Vorlage unter TOP 6.1.2 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.3:

**6.1.3 Neufassung der Satzung der Beihilfekasse
2540/2015**

Im AVR und im Finanzausschuss wurde jeweils einstimmig zugestimmt.

Dann lasse ich auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.4:

**6.1.4.13. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
2927/2015**

Der AVR hat einstimmig zugestimmt.

Ich darf hier auch um Abstimmung bitten. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Damit ist dem einstimmig zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.5:

**6.1.5.14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln hier: Änderung des § 23 der Hauptsatzung der Stadt Köln
2317/2015**

Sowohl der Sozialausschuss als auch der AVR haben diese Satzung einstimmig beschlossen.

Wie sieht es hier aus? Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Damit ist sie hier ebenfalls einstimmig beschlossen.

Dann rufe ich auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Die Vorlage unter TOP 6.2.1 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.2:

**6.2.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
2917/2015**

Umweltausschuss, AVR und Finanzausschuss haben jeweils einstimmig zugestimmt.

Gibt es hier im Rat Gegenstimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das hier auch einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.1:

**6.3.1.1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen: Kernbereich Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Rodenkirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Weiden, Sülz/Klettenberg, Ossendorf, Neu-Ehrenfeld, Longerich, Nippes, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Kalk, Rath/Heumar, Höhenhaus, Dellbrück, Mülheim
2011/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Susana dos Santos Herrmann
[SPD]: Abstimmung wie Wirtschaftsausschuss!)

- Ja. Das liegt ja allen vor.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ja, es gibt eine Wortmeldung!)

- Darf ich das eben noch vortragen? Vielleicht erübrigt sich dann Ihre Wortmeldung, Herr Detjen.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung - wie Anlage 20 - lautet:

Der Rat schließt sich dem Votum des Wirtschaftsausschusses an und stellt die Beratung grundsätzlich zurück, beschließt jedoch gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten zur Planungssicherheit die am 10. Januar 2016 vorgesehenen Sonntagsöffnungen.

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will das gar nicht infrage stellen. Ich finde es gut, dass wir jetzt nur über die Januar-Termine abstimmen.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es wieder eine muntere Diskussion in den Bezirksvertretungen war. Verschiedene Bezirksvertretungen haben abgelehnt, zugestimmt usw. usf.

Es gab auch noch zwei weiter reichende Vorschläge. Herr Kahlen, das interessiert Sie vielleicht auch. Die Bezirksvertretung Innenstadt und die Bezirksvertretung Ehrenfeld fordern nämlich die Verwaltung auf, den Kriterienkatalog neu zu diskutieren. Wenn sich jetzt ein Zeitfenster bis zur Sitzung im Dezember dieses Jahres öffnet, hätten wir ja die Zeit und die Möglichkeit, über diesen Kriterienkatalog zu diskutieren.

Herr Kahlen, ich möchte Sie außerdem darauf aufmerksam machen - das wissen Sie

vielleicht noch gar nicht -, dass es seit gestern ein neues Urteil gibt. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat nämlich am 11. November 2015 in Sachen Ladenöffnung entschieden. Grundlage war die Klage einer Gewerkschaft in Bayern. In Bayern gibt es ein Normenkontrollverfahren. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen nicht. Diesen Weg wird man in Nordrhein-Westfalen also nicht gehen können. Dieses Urteil ist aber relativ eindeutig. Wenn eine Sonntagsöffnung keinen öffentlichen Charakter hat, wird sie vom Bundesverwaltungsgericht abgelehnt. Ich möchte nur darauf hinweisen.

Darum geht es ja die ganze Zeit in der Auseinandersetzung. Es ist auch die Schwäche des Kriterienkatalogs, dass gar nicht unterschieden wird, ob das eine Art Lex Möbelmarkt ist oder ob es tatsächlich einen öffentlichen Charakter hat. Das ist auch die Kritik der Gewerkschaften und der Kirchen, die sagen: So geht es nicht weiter.

Deswegen ist mein Vorschlag, unter den Fraktionen gemeinsam zu versuchen, bis zur Ratssitzung im Dezember dieses Jahres einen entsprechenden Beschlussantrag hinzubekommen. Dabei sollten wir sowohl versuchen, den Kriterienkatalog neu aufzumachen, als auch uns dieses Urteil noch einmal anzusehen. Dieses Urteil ist von großer Bedeutung. Auch wenn, wie gesagt, dieser Weg auf nordrhein-westfälischer Ebene nicht möglich ist, müssen wir uns die Sache inhaltlich anschauen. Insofern fände ich das ganz interessant. - Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke, Herr Detjen. - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Detjen, wir können uns gerne über den Kriterienkatalog austauschen. Das kann man immer machen. Wir können aber natürlich nicht im laufenden Verfahren den Kriterienkatalog ändern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Veranstalter haben die Anträge für 2016 auf der Basis des gültigen Kriterienkatalogs gestellt. Er ist jetzt erst einmal gültig, bis wir das Verfahren abgeschlossen haben.

Daher werden wir dem nicht zustimmen. Wir können aber gerne im Anschluss nach der Vergabe dann über den Kriterienkatalog reden. Da hat der Herr Stadtdirektor Kahlen ja auch schon durchaus Diskussionsbereitschaft bekundet.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist okay!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Dr. Elster. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Herr Detjen hat ja gerade auch die Debatten in den Bezirksvertretungen zitiert. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat unter anderem beschlossen, dem verkaufsoffenen Sonntag im Januar 2016 am Butzweilerhof nicht zuzustimmen. Ich bin nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses. Daher habe ich folgende Frage: Ist der verkaufsoffene Sonntag im Januar 2016 am Butzweilerhof - das Luftfahrtfest wird dort hauptsächlich für ein verrücktes schwedisches Möbelhaus abgehalten - jetzt Teil des Beschlusses?

Falls dem so sein sollte, möchte ich den Antrag stellen, in diesem Punkt der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu folgen und diesen verkaufsoffenen Sonntag im Januar 2016 abzulehnen. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich so abstimmen wie im Wirtschaftsausschuss. - Herr Zimmermann.

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Kann man meine Frage beantworten?)

- Der ist Teil des Beschlusses.

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Ich habe den Antrag gestellt, dann der BV 1 zu folgen!)

- Okay.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind Deine Freunde. Gibt es Enthaltungen? - Die Piraten enthalten sich. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage - wie Wirtschaftsausschuss; zur Planungssicherheit sollen die für den 10. Januar 2016 vorgesehenen Sonntagsöffnungszeiten beschlossen werden - abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind Die Linke. und Deine Freunde. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen wie im Wirtschaftsausschuss.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

6.3.22. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2015 vom 25.11.2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen 2908/2015

Der Wirtschaftsausschuss hat einstimmig zugestimmt; die Bezirksvertretung 1 hat mehrheitlich zugestimmt; der AVR hat einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für

**das Hj. 2015 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2015
3045/2015**

Der Finanzausschuss hat das zur Kenntnis genommen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Dringend notwendiger Umbau des Staatenhauses Auenweg 17, 50679 Köln-Deutz zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln für die Zeit von April bis 30.06.2015 1870/2015

Der Finanzausschuss hat einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen am Flehbach, Kurtenwaldbach und an der Strunde 1468/2015

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1720/2015**

Wer spricht dazu?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Änderungsantrag spricht für sich selbst!)

- Der Antrag spricht für sich selbst. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Ich mache das vom Platz aus. - Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Antragsteller! Wenn ich Ihren Antrag richtig verstehe, sollen sämtliche Maßnahmen, die die Strunde betreffen, herausgenommen werden. Das betrifft sowohl die Verlegung an der Wichheimer Mühle als auch die Fischtreppe. Mich irritiert das ein wenig.

Dass die Antragsteller jetzt gar keine Stellung zu ihrem Änderungsantrag beziehen, ist schwer nachvollziehbar - zumal der Literatur zu entnehmen ist, dass in der Strunde ein Fisch namens Groppe lebt, der wohl auf diese Fischtreppe angewiesen ist, wenn er sich denn in der Population halten soll. Die Groppe ist wiederum ein Futterfisch für die Bachforelle, die wir uns alle in der Strunde wünschen.

Daher möchte ich um Erläuterung zu diesem Änderungsantrag bitten. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Weisenstein, da wir hier in einer Millionenstadt sind, haben wir einen Rat, der nicht alles im Einzelnen diskutiert, sondern auch Fachausschüsse gebildet hat. In den Fachausschüssen ist genau diese Frage diskutiert worden. Wenn Sie sich die Niederschriften ansehen, die ja der Vorlage angehängt sind, können Sie das genau nachvollziehen. Auch die BV 9 hat sich damit befasst. Insofern ergibt sich alles daraus. Das würde jetzt wirklich zu weit führen. Dann brauchen wir keine Fachausschüsse.

Es sind auch nur zwei Maßnahmen. Genau diese beiden Maßnahmen werden jetzt noch einmal im Verwaltungsrat der StEB diskutiert. Das Ergebnis landet dann wieder hier; denn wenn es zu Maßnahmen kommt, muss die Stadt sie finanzieren. Die StEB tut es nicht. Schon allein deshalb ist es dann für den Rat beschlusspflichtig.

(Zuruf von der Linken: Ihre Schulmeistereien können Sie sich schenken!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Frank, wie immer eloquent, aber nicht ganz zutreffend.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Frau Bürgermeisterin, es ist ja ein sehr interessanter Vorgang, dass einem Antrag im Umweltausschuss einstimmig zugestimmt wird und dann im Verkehrsausschuss vom Ratskollegen Noack die Frage einer Fischtrappe angesprochen wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn die im Verkehrsausschuss mehr Ahnung haben!)

Ich habe schon im Verkehrsausschuss nachgefragt - Herr Höing, Sie sind mein Zeuge -, was das denn mit Verkehrspolitik zu tun hat. Diese Frage konnte man mir nicht beantworten. Auch Herr Noack war nicht in der Lage, das zu erklären. Deswegen haben wir im Verkehrsausschuss diese Vorlage ohne Votum in den Rat geschoben.

Ich habe gehört, dass im Finanzausschuss dann gesagt worden ist: Es sind ja große Fragen entstanden; wir schieben es jetzt auch ohne Votum in den Rat.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Frank, wenn wir denn unsere Fachausschüsse ernst nehmen, dann sollten wir die Vorlage nicht verändern, sondern sie, Frau dos Santos Herrmann, wie ich es im Verkehrsausschuss schon vorgeschlagen habe, an den Umweltausschuss zurückgeben, damit er

dann wirklich eine Fachdiskussion über unterschiedliche Nutzfische, Fischtreppen und Ähnliches führt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Houben. - Es gibt noch eine weitere Wortmeldung. Bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Nur zur Klarstellung gegenüber der FDP: Der jetzt vorliegende Änderungsantrag ist mit der StEB abgestimmt. Bei der ersten Maßnahme an der Strunde geht es doch - -

(Zuruf von der FDP)

- Nein, wir können nicht alles zurückstellen, weil die StEB mit den anderen Maßnahmen beginnen möchte. Deswegen wird darum gebeten, dass wir die ersten vier Maßnahmen in den anderen Flüssen heute beschließen, damit die StEB weiterarbeiten kann.

Bei der Strunde gibt es aber noch einen Ortstermin mit den Bürgern. Wir wollen diesem Ortstermin natürlich einen Sinn geben. Er wäre ja sinnlos, wenn wir heute schon entscheiden würden. Deswegen soll dieser Punkt zurückgestellt werden.

Zu dem zweiten Punkt, der Fischtrappe, will die StEB noch eine neuere, genauere Stellungnahme abgeben. Das wollen wir auch abwarten. Dann können wir im nächsten Rat beschließen. Es geht nicht darum, diese Maßnahmen zu verhindern.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Brust. - Herr Houben, bitte.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Geschäftsordnungsantrag!)

Reinhard Houben (FDP): Herr Brust, jetzt wird es ja noch schlimmer. Die StEB meint, wir müssten etwas ändern, oder kommt mit irgendeinem Beschluss nicht richtig klar.

Dann wird im vorausseilenden Gehorsam hier im Rat etwas ohne Diskussion im Umweltausschuss umgebogen. Ich habe damit, ehrlich gesagt, ein Problem. Transparenz ist das auf jeden Fall nicht. Geben Sie es doch einfach komplett zurück.

(Beifall bei der FDP - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Jetzt ist es egal! Jetzt können Sie abstimmen! Auch ohne Geschäftsordnungsantrag!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau dos Santos Herrmann, ich wollte ihm nur nicht mitten ins Wort fallen. Hat es sich erledigt?

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Ja, natürlich hat es sich erledigt!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag?

(Reinhard Houben [FDP]: Nein! Ich habe einen Verweisungsantrag in den Umweltausschuss gestellt, Frau Bürgermeisterin!)

- Gut. Dann stimmen wir zuerst darüber ab.

Wer ist für die Verweisung in den Umweltausschuss? - Das sind die FDP, Die Linke., Deine Freunde, die Piraten, Herr Henseler und pro Köln. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu dem Änderungsantrag. Wer ist dagegen? - Das ist Die Linke. Wer enthält sich? - Das sind die FDP, Herr Henseler, Deine Freunde, die Piraten und pro Köln. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Jetzt lasse ich über die ursprüngliche Vorlage in der soeben ergänzten Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind Die Linke., Deine Freunde und die Piraten. Wer enthält sich? - Das sind die FDP, Herr

Henseler und pro Köln. Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

**10.2 Gewährung eines Investitionszuschusses zur Schaffung von adäquaten, barrierefreien Wohnraum/Kleinappartements für wohnungslose Männer
1796/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

**10.3 Aufnahme von Sondierungsgesprächen zu einem Zentralen Migrationsmuseum in Köln
1977/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 4. Fortführung von „Win-Win für Köln“ - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude
2142/2015**

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Danke, Frau Bürgermeisterin. - Meine Damen und Herren, das Projekt „Win-Win für Köln“ haben wir schon seit 2008. Wir haben dieses Projekt immer kritisch begleitet und gesagt, uns sei es wichtig, dass es mit Qualifizierung, Ausbildung und Lehrabschlüssen verbunden wird.

In der Vorlage sehen Sie, wie groß die Kritik der Verwaltung an diesem Projekt ist. Insofern macht es meines Erachtens wenig Sinn, dass wir die Vorlage so beschließen.

Deswegen werden wir sie ablehnen. Wir sind nicht generell gegen Beschäftigungsprogramme - ganz im Gegenteil. Wir finden das generell richtig. Nur können wir dieser Vorlage so nicht mehr zustimmen. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über die Vorlage unter TOP 10.4 abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind Die Linke. und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist sie beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2014 2542/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage 2558/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Deine Freunde enthalten sich. Damit ist es so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Haushaltsneutrale Umschichtung Investiver Mittel zur Technikförderung der Freien Szene 2575/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten hierzu gerne eine Änderung beantragen. Sie beinhaltet, dass es sich nur um eine einmalige Sache handeln soll. Ich lese gleich unseren Änderungstext vor. Zuvor möchte ich das kurz begründen.

Uns ist es wichtig, dass der Technikpool 2016 wieder so ausgestattet wird, dass weiterhin eine bedarfsgerechte Ausleihmöglichkeit für Freischaffende gewährleistet ist, und dass es weiterhin Transparenz gibt.

Wir möchten die Verwaltung auffordern, dann auch im Hinblick auf 2016 noch einmal den Bedarf zu erheben, damit klar ist, was in diesem Technikpool sein muss und auf welche Weise darüber informiert werden soll, damit die ganze Szene im Blick ist und nicht nur die fünf, die jetzt gerade Nutznießer dieser Umschichtungen sind.

Insofern möchten wir vorschlagen, die Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

Der Rat beschließt - vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltsatzung durch die Bezirksregierung Köln - die einmalige Änderung der Aufteilung der Mittel in Höhe von 35.000 € für den Ankauf von Technik zur Ausleihe (Technikpool und Filmgeräteverleih).

Für den Ankauf von Technik zur Ausleihe werden einmalig 15.000 € bereitgestellt. Für Zuschüsse zum Erwerb von Technikausstattung und zur dauerhaften Nutzung durch einen Zuschussempfänger werden einmalig 20.000 € zur Verfügung gestellt.

Es soll also jeweils „einmalig“ in die Beschlussvorlage eingefügt werden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau von Bülow. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über den von Frau von Bülow hier mündlich vorgetragenen Ände-

rungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die SPD, die Grünen, Deine Freunde, die CDU, Herr Henseler, die FDP und Die Linke. Wer enthält sich? - Das sind die Piraten. Damit ist dieser Änderungsantrag so beschlossen.

Dann lasse ich über die Gesamtvorlage in der geänderten Form abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist sie mit der Änderung beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.8 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Haltestelle Lohsestraße; Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-5-7112, Hst. Lohsestr. - Einbau von Aufzügen
3064/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Planung einer Lärmschutzwand am Baugebiet Josef-Kallscheuer-Straße in Köln-Sürth - außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - im Haushaltsjahr 2015
0254/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Gestaltung der „Historischen Mitte Köln“ mit Römisch-Germanischem

Museum (RGM), Kölnischem Stadtmuseum (KSM) und Kurienhaus

**hier: Durchführung eines Realisierungswettbewerbs und Beschluss zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums
1301/2015**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1445/2015**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1717/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Bürgermeisterin!

(Martin Börschel [SPD]: Bei so einem wichtigen Thema sollte es wirklich nach Größe der Fraktionen gehen!)

- Entschuldigung; die Bürgermeisterin hat mir das Wort erteilt. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich muss zugeben: Ich hatte auch damit gerechnet, hier erst als Fünfter reden zu können. Aber es ist ja nicht das erste Mal, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen, auch wenn es in der heutigen Sitzung zu dieser zentralen Abstimmung kommt.

Wie Sie wissen, hat sich die FDP zu dem Thema bereits platziert. Wir haben das in einen Änderungsantrag gegossen. Allerdings wollen wir - um das den nach mir Redenden schon vorwegzunehmen - das Thema mit unserer Initiative heute nicht begraben wissen.

Es hat eine Menge Diskussionen darüber gegeben, auch im Oberbürgermeisterwahlkampf, wie dieses Projekt weiter gefahren wird.

Einige Nachredner werden sicherlich hier wieder die historische Chance bemühen. Aus Sicht der FDP ist das etwas überhöht.

Wir wissen, dass wir diese Ecke neu gestalten müssen. Durch die Zusammenarbeit mit der Hohen Domkirche können wir dort etwas Größeres schaffen, als wir es mit den beiden Baukörpern heute haben. Es gibt die Idee, an dieser Stelle zwei zentrale Museen, die für die Geschichte unserer Stadt wichtig sind, zusammenzufügen. Die Notwendigkeit, das als historische Chance zu begreifen, sehe ich nicht.

An anderer Stelle haben wir zum Beispiel in Bezug auf die Kunstmuseen in unserer Stadt ganz bewusst gesagt, dass wir die Kunst des 20. Jahrhunderts im Museum Ludwig und die ältere Kunst im Wallraf-Richartz-Museum präsentieren. Insofern kann es auch eine historische Chance sein, zwei so zentrale Themen getrennt darzustellen.

Lassen Sie mich hier auch die aktuellen Zahlen zur Haushaltslage ansprechen, die die Kämmerin gerade im Finanzausschuss vorgetragen hat. Meine Damen und Herren, mich würde es nicht wundern, wenn wir uns, falls sich die Haushaltszahlen weiter so entwickeln, am Ende noch nicht einmal mehr den Wettbewerb leisten könnten, der hier gefordert wird,

(Beifall von Michael Weisenstein
[Die Linke.]

geschweige denn den Bau dieses neuen Museums.

Sie haben ja eben gesehen, dass die Bürgermeisterin ganz erpicht darauf war, die beiden Beschlüsse zu TOP 10.17 und TOP 10.18 gleich am Anfang der Sitzung fassen zu lassen, damit die Bezirksregierung möglichst schnell das Geld bewilligen kann. Ja, so ist das dann, wenn man nicht mehr entsprechend liquide ist, weil der Haushalt nicht genehmigt ist.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat doch damit nichts zu tun! Da weißt du doch besser Bescheid, Ralph!)

Daher würde es mich auch nicht wundern, wenn wir nachher hier zu anderen Lösungen kämen.

Wir sehen aber auch, dass viele in der Stadtgesellschaft, viele in diesem Rat und nicht zuletzt unsere neue Oberbürgermeisterin eine vertiefte Planung haben wollen, um dann später zu beurteilen, ob es wirklich zu einem entsprechenden Baubeschluss für dieses große Projekt kommen sollte.

An dieser Stelle muss ich sagen, dass ich Sympathie für den Änderungsantrag habe, der hier von SPD, CDU und Grünen eingebracht wird - insbesondere deshalb, weil er auch zwei Themen aufgreift, die wir in unserem Änderungsantrag problematisiert haben.

Das erste Thema ist: Was wird aus dem Zeughaus, in dem das Kölnische Stadtmuseum heute untergebracht ist? Man kann nicht einfach sagen: Dafür finden wir später schon eine Nutzung; das wird preislich nicht einkalkuliert.

Das zweite Thema ist: Wie leistungsfähig ist eigentlich unsere Gebäudewirtschaft? Kann sie ein solches Projekt noch stemmen? Hilft es, wenn wir hier rein formal soundso viele Stellen zusetzen? Kann so ein großes Projekt wirklich gestemmt werden?

Denn, meine Damen und Herren - und dieses Gefühl haben nicht nur wir hier im Rat, sondern auch die Kölnerinnen und Kölner -, es wird zwar vieles angefangen; aber leider werden die Projekte hier nicht erfolgreich zu Ende geführt.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zu viele offene Baustellen in dieser Stadt. Das hat auch die Oberbürgermeisterin in ihrer Wahlkampagne thematisiert.

Um heute hier aber einen breiten Beschluss hinzubekommen, stellen wir unseren Änderungsantrag zurück.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber eine Kehrtwende! Eine richtige Kehrtwende!)

Frau Bürgermeisterin, Sie brauchen darüber nicht mehr abstimmen zu lassen. Wir können zu gegebener Zeit auf die Frage dieser kleinen Lösung zurückkommen.

Insofern werden wir heute dem hier vorgelegten Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen zustimmen, um das Projekt weiterzuverfolgen und zu gegebener Zeit zu sagen: Was kann sich diese Stadt an dieser Stelle wirklich leisten? - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Sterck. - Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Das ist ja, ehrlich gesagt, eine kleine Überraschung. Vieles in der Rede von Ralph Sterck war nicht überraschend, aber die Schlusspointe schon.

Für die SPD-Fraktion gilt: Wir bekennen uns klar dazu, das zukunftsweisende Projekt einer neuen Historischen Mitte aus kulturpolitischen, städtebaulichen, touristischen und wirtschaftlichen Erwägungen voranzutreiben. - Lassen Sie mich dazu drei Sachen sagen.

Erstens. Wir halten es für einen enormen kulturpolitischen und touristischen Gewinn, die 2000-jährige Geschichte dieser Stadt an einem zentralen Ort erlebbar zu machen. Die Zusammenführung der Museen auf engem Raum - Museum Ludwig, Wallraf-Richartz-Museum, Archäologische Zone, Jüdisches Museum, Römisch-Germanisches Museum, Kölnisches Stadtmuseum, Museum für Angewandte Kunst inklusive Dom und Domumgebung sowie Via Culturalis - ist einzigartig. Köln ist weder Bundes- noch Landeshauptstadt, auch kein Stadtstaat, und schafft es trotzdem, hier Metropole zu sein.

Zweitens. Wir halten es für einen städtebaulichen Gewinn, die begonnene Attraktivierung der Domumgebung mit Kurt-Hackenberg-Platz, Baptisterium, Dom-Hotel und Roncalliplatz sowie Via Culturalis an diesem prominenten Ort zu vollenden. Ab morgen wird es nach dem Abschluss der Bauarbeiten am Baptisterium ja wieder möglich sein, den Dom zu Fuß zu umrunden. Dieses Projekt bildet einen fulminanten Abschluss der Via Culturalis, für deren Einzel-

projekte insgesamt fast 4,8 Millionen Euro aus Fördermitteln des Bundesprogramms Nationale Projekte des Städtebaus bereitgestellt wurden; der städtische Anteil beläuft sich auf 2,4 Millionen Euro. Insofern ist das Projekt Historische Mitte der konsequente nächste Schritt. Dem Roncalliplatz werden wir einen spannenden Abschluss geben. Die Straße Am Hof werden wir attraktivieren und dem Kurt-Hackenberg-Platz eine klare Fassung geben.

Drittens. Wir halten die zügige Durchführung eines Realisierungswettbewerbs inklusive der frühzeitigen Bürgerbeteiligung für den gebotenen Weg, um das aktuelle Zeitfenster des notwendigen Sanierungsbeschlusses zum Römisch-Germanischen Museum bis 2016 und der Baupläne der Kurie zu nutzen. Bis zu einem Durchführungsbeschluss ist aus unserer Sicht noch plausibel darzulegen, wie Kostensicherheit und Nachhaltigkeit zu gewährleisten sind, auch unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft. Jetzt ist aber der Zeitpunkt da. Die Kirche will ihr Kurienhaus neu bauen, und die Stadt muss das Römisch-Germanische Museum sanieren und das Werkstattgebäude ebenfalls grundlegend neu aufbauen oder sanieren. Dazwischen haben wir seit dem Krieg eine Baulücke, die als Parkplatz und auch für allerlei geruchsintensive Geschäfte genutzt wird. Das ist dieses prominenten Ortes nicht würdig.

Deswegen denken wir schon, dass es sich hier um eine historische Chance handelt - eine Tür, um die städtebaulich missglückte Situation der 60er- und 70er-Jahre zu reparieren. Mit dem Realisierungswettbewerb entscheiden wir noch nicht, ob wir diese Tür durchschreiten und das neue Haus für Kurie, Römisch-Germanisches Museum und Kölner Stadtmuseum bauen, sondern erhalten uns strategisch die Option dafür. Alles andere wäre fahrlässig.

Dabei setzen wir uns für eine frühzeitige und ehrliche Bürgerbeteiligung ein, bei der von vornherein reiner Wein eingeschränkt wird und die sich auf die Dinge konzentriert, die im Verfahren tatsächlich später umsetzbar sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ist diese Vorlage alternativlos? Die Antwort ist ein klares Nein. Die Alternative ist aber nicht wesentlich attraktiver, weder von den Kosten noch vom Planungsaufwand und schon gar nicht vom Ergebnis her.

Ich möchte kurz auf die Frage eingehen, ob wir uns das leisten können und wie sich das von der Verwaltung vorgeschlagene Neubauvorhaben mit bestehenden Aufgaben der Gebäudewirtschaft, insbesondere mit der Aufgabe, neue Schulbauten zu errichten, verträgt. Diese Argumentation greift dort, wo Schulbau gegen andere Bauprojekte gestellt wird, die man sein lassen könnte. Das ist hier aber nicht der Fall; denn die Alternative zum Beschlussvorschlag ist ja nicht der ersatzlose Verzicht auf die Historische Mitte, sondern die beiden städtischen Museen müssten trotzdem umfangreich und grundlegend saniert werden. Insofern gibt es sowohl bei den Kosten als auch bei den Personalkapazitäten nicht die Alternative zwischen 100 und null, sondern letztlich eine sehr viel kleinere Differenz.

Auf Seite 14 der Vorlage ist in Bezug auf die Kosten eine Einsparung von 25 Prozent genannt. Hinsichtlich der erforderlichen Personalkapazitäten halte ich die Differenz für noch wesentlich kleiner; denn wir wissen nicht zuletzt aus den Erfahrungen mit der Oper, dass Altbauten aus den 60er- und 70er-Jahren auch ein bisschen eine Wundertüte sind. Man weiß nicht, was drin ist; aber hinterher ist man auf jeden Fall enttäuscht.

Lassen Sie mich noch ganz kurz sagen, warum wir den Änderungsantrag der Kollegen der FDP ablehnen werden.

(Zuruf von der FDP)

- Entschuldigung. Das kann ich mir dann schenken. Danke für den Hinweis.

Meine Damen und Herren, insgesamt möchte ich noch einmal festhalten: Das ist auf jeden Fall eine Riesenchance. Die Fertigstellung der Historischen Mitte wird für April 2023 prognostiziert. Auch wenn es etwas später werden sollte, sollten wir uns von den

Rückschlägen nicht entmutigen lassen; denn die Historische Mitte ist eine riesige Chance für unsere Stadt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frenzel. - Frau Gordes, bitte.

Birgit Gordes (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Öffentlichkeit! Heute wende ich mich auch insbesondere an die Öffentlichkeit, da wir diese Vorlage in den Ausschüssen und Gremien schon vier- bis fünfmal hoch und runter diskutiert haben und die Argumente eigentlich ausgetauscht sind. Letztendlich müssen wir hier versuchen, auch die Öffentlichkeit in unsere Planung einzubinden und sie von unserer Entscheidung, die wir heute treffen, zu überzeugen.

Meine Damen und Herren, die Istsituation, nämlich die Baufälligkeits des Römisch-Germanischen Museums, des Kölnischen Stadtmuseums bzw. des Zeughauses und des Kurienhauses, ist uns allen bekannt. Wir bemühen uns seit Jahren um Lösungen gerade für diese Museen, das Römisch-Germanische Museum und das Kölnische Stadtmuseum bzw. das Zeughaus.

Bei dem im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten städtebaulichen Wettbewerb haben wir, glaube ich, alle eindrucksvoll erleben können, dass eine räumliche Neuordnung am Roncalliplatz nicht nur gewünscht ist, sondern eigentlich in unser aller Interesse liegt, weil wir damit eine wirklich neue Perspektive zu den räumlichen Stadtkanten prägen werden.

Zur Straße Am Hof hin wird die Kante neu geordnet. Das wirkt sich wiederum zum Kurt-Hackenberg-Platz hin aus, der damit einen ganz starken Auftritt gewinnen wird. Auch das Museum Ludwig und die Philharmonie werden durch diese Neuordnung ein tolles Standing bekommen. Sie werden sich

mit dieser Neuordnung auch wieder den Respekt verschaffen können, der ihnen zusteht.

Außerdem bildet das neu geordnete Ensemble dieser drei Komplexe ein wirklich starkes Pendant zu dem Dom-Hotel und dem hoffentlich in überschaubarer Zeit realisierten neuen WDR-Karree. Das wird ein tolles Ensemble werden, ein tolles Komplet.

Besonders begeistert mich, dass wir durch diese Neubebauung an der Straße Am Hof auch ein tolles Entree in die Archäologische Zone bilden und in die Via Culturalis hinein sowie zu den hier am Ort ansässigen Museen führen.

Meine Damen und Herren, das große Aufräumen rund um den Roncalliplatz ist aber weitaus mehr als nur Stadtheilung. Es ist - obwohl wir diesen Begriff heute schon vielfach bemüht haben, auch im Zusammenhang mit der Kreuzblume - eine tolle Chance.

Natürlich gibt es neben dieser Chance aber noch jede Menge Vorplanung und Festlegung zu leisten, als da wären:

- Die Synergien für die drei Nutzungen sind noch exakter zu definieren.
- Das Konzept sollte in den auszulobenden Realisierungswettbewerb einfließen.
- Zwingend müssen durch die Nutzer Interimsplanungen und -lösungen vorgestellt werden.
- Die Folgenutzungen für das Zeughaus müssen vorangetrieben werden. In allererster Linie muss hier nicht an den Verkauf an Interessenten auf dem Immobilienmarkt gedacht werden. Vielmehr können wir durchaus über andere kreative Lösungen nachdenken.

Meines Erachtens bedarf es auch eines Umsetzungs- und Verantwortungskonzeptes. Ich möchte schon, dass wir dieses Mal ganz klar namentlich geregelt haben, wer den sogenannten Oberverantwortungshut aufhat.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nicht wieder ein Verfahren bekommen, in dem man diesen Oberverantwortungshut vom einen zum anderen schiebt.

Die Kostensicherheit im laufenden Verfahren muss natürlich auch gewährleistet sein. Die vorliegende Kostenprognose kann ja, wie es im Beschlussvorschlag heißt, nur als grobe Erfassung der zu erwartenden Kosten verstanden werden. Auch wenn die Presse diese Zahlen immer wieder als gesetzt anführt, hat diese Prognose keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Besonders gut sieht man das an den geplanten Aufwendungen für die Kostengruppe 300 und 400, also die sogenannten Baukonstruktionskosten. Die vorgelegte Prognose sagt Kosten von 1 978 Euro pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche voraus. Meines Erachtens ist das allerdings unzureichend; denn schon im Jahr 2013 sind in der Kostenschätzung zum Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum in derselben Kostengruppe 3 196 Euro pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche angesetzt worden.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Machen wir uns also nichts vor. Es wird teurer werden. Das tragen wir aber mit. Ich möchte nur mit realen Zahlen hantieren.

In Abwägung aller Risiken und Chancen kommen wir in unserer Fraktion zu dem Ergebnis, dass die Chancen eindeutig überwiegen.

In einer wachsenden Stadt muss auch Politik wachsen - manchmal über sich selbst hinaus - und weiterdenken. Wir wollen in der Stadt nicht nur reparieren und Lücken stopfen und im Istzustand verharren, sondern wir wollen uns auch weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns also die Kooperation mit der Hohen Domkirche aufgleisen - auch im Hinblick auf Image, Stadtmarketing und Standortentwicklung. Meine Damen und Herren, wir entscheiden uns damit ganz eindeutig für die Zukunft und die Neuordnung der Baustruktur der Vergangenheit an dieser Stelle.

Vor einiger Zeit habe ich an einem Sonntag-nachmittag mit einem Journalisten am Telefon lange über Stadtentwicklung in Köln gesprochen - ganz allgemein, aber auch zu diesem Punkt.

Ich nehme mir heute einmal ein bisschen mehr Zeit und beschränke mich an anderer Stelle.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schauen wir mal.

Birgit Gordes (CDU): Damals befanden wir uns mit unserer Fraktion allerdings noch im Abwägungsprozess. Dann habe ich zusammen mit diesem Journalisten lange darüber nachgedacht, ob wir irgendeinen Politiker in Deutschland kennen, der zurücktreten musste, weil er irgendetwas nicht gebaut hat. Da fiel uns wirklich keiner ein. Es musste noch niemand zurücktreten, weil er irgendetwas nicht gebaut hat.

Nichts zu bauen, wäre für uns alle hier also einfachste Variante. Wir entscheiden uns heute aber bewusst für die schwierigste Variante - gerade zum jetzigen Zeitpunkt. Ich kann mir schon vorstellen, wie die Presse am Wochenende wieder über die „wahnsinnigen Kölner“ berichten wird.

Wir sind aber von der Historischen Mitte überzeugt und sagen überzeugt Ja zur Durchführung des Realisierungswettbewerbs und zur Sanierung des Römisch-Germanischen Museums.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Ich wünsche mir für die Zukunft, Frau Bürgermeisterin, dass wir den Arbeitstitel „Historische Mitte“, der dem Standort ja gar nicht gerecht wird, ändern und in Zukunft mit einem anderen Arbeitstitel weitermachen. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Geduld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU sowie von Michael Frenzel [SPD])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Gordes. - Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Gordes, über die Titeländerung sollten wir noch einmal reden. Ich komme nämlich immer durcheinander, wenn alle stadtentwicklungspolitischen Projekte irgendwann wieder ihre Titel ändern. Sobald man sich auf eine Sache eingeschossen hat, heißt sie plötzlich wieder anders.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele haben es gesagt: Wir beraten hier etwas, was seit zwei Monaten in den Ausschüssen ist und im September 2014 mit dem ersten Planungswettbewerb seinen Ursprung gehabt hat.

Einige von uns durften bei dem Planungswettbewerb zur Historischen Mitte dabei sein. Wir haben dabei einen ersten Vorschmack bekommen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben dort abends auch die Gelegenheit genutzt, sich die Ergebnisse der ersten Machbarkeitsstudie anzuschauen. Alle waren positiv angetan, glaube ich. Das spricht für die Teilnehmer des Wettbewerbs, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger. Wir waren sehr angetan und begeistert, zu sehen, welches Potenzial in diesem Raum steckt.

Wir wissen alle, dass das Römisch-Germanische Museum und das Kölnische Stadtmuseum riesige Sanierungsaufgaben haben und dass das Kurienhaus niedergelegt werden soll.

Die Idee, diese drei Einrichtungen und Institutionen räumlich zusammenzuführen, ist in der Tat - es wurde schon oft gesagt - eine einmalige Chance der städtebaulichen Neuordnung. Sie ist als Idee sehr faszinierend. Man kann fast sagen, dass diese Idee auf der Hand liegt, offensichtlich erscheint und in sich total logisch ist.

Diese Idee birgt aber auch ein großes Risiko; denn wenn wir nicht mit höchster Sorgfalt, größter Präzision und bedingungslosem Qualitätsanspruch an diesen Standort herangehen, können wir da auch scheitern.

Diesen Anspruch möchte ich auch an dieses Projekt anlegen. Bis dato sehe ich auch bei allen Beteiligten, dass sie diese Haltung haben.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

- Ja.

Die Ansprüche an den Realisierungswettbewerb sind somit hoch:

- Wir wollen hier einen Gebäudekomplex entstehen lassen, der dem neu gestalteten Kurt-Hackenberg-Platz eine neue Fassung und ein Gesicht gibt.
- Wir wollen, dass ein Scharnier zwischen Roncalliplatz und Via Culturalis geschaffen wird.
- Wir wollen, dass die Topografie der abfallenden Straße Am Hof aufgegriffen wird.
- Wir wollen das Ganze in einer städtebaulichen, architektonischen Qualität realisieren, die dem Ort und vor allem dem Dom gerecht wird.
- Das Gebäude, das entstehen soll, soll sichtbar sein, aber nicht dominant. Unser Ziel ist es, dass sich der neue Baukörper wie selbstverständlich in das Raumgefüge einfügt.

Um diese Aufgabe noch etwas komplizierter zu machen, wird es nicht nur einen Nutzer des Ganzen, sondern drei Nutzer geben. Somit könnte das die berühmteste WG der Stadt werden. Ich bin aber der Auffassung: Wir sollten das angehen und diese WG schaffen.

Deshalb ist es für uns umso wichtiger, dass die Synergien, die ja auch innerhalb des Gebäudes entstehen sollen, deutlich dargestellt werden. Das betrifft zum einen die Funktionsräume wie Bibliotheken, Werkstätten und Eingangsbereiche; hier sollen gemeinsame Nutzungen ausgearbeitet wer-

den. Zum anderen soll es gleichzeitig auch eine Adressbildung für alle drei sein; alle drei sollen sich dort wiederfinden.

Der Änderungsantrag zielt ferner darauf - das hat Herr Sterck richtigerweise gesagt -, dass wir kein weiteres historisches Geisterhaus wie am Ubierring haben wollen. Wir wollen, dass die Nutzung des Zeughauses gleich mitgedacht wird und eine Nachnutzung gefunden wird. Diese Nachnutzung soll rentierlich sein. Wenn sie bei plus/minus null herauskommt, ist das für uns aber auch eine rentierliche Nachnutzung.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass das historische Zeughaus in seiner jetzigen Gestalt ziemlich abgerockt ist. Wir wissen, dass das Kölnische Stadtmuseum nicht mehr ewig im Zeughaus bleiben kann. Auch hier muss es eine Interimsplanung geben, damit das Kölnische Stadtmuseum seine Ausstellung vielleicht an anderer Stelle in einer anderen Form fortsetzen kann. Auch da muss geplant werden.

In der letzten Zeit wurde oft der Begriff bemüht, dass das eine historische Chance für Köln ist. Ja, für diesen Ort ist es eine historische Chance. Ich möchte aber sagen, dass wir derzeit in einer Stadt leben, die zahlreiche städtebauliche Projekte und Entwicklungspotenziale hat. In der Gänze - da brauche ich jetzt nicht alles aufzuzählen; das wissen die meisten - befinden wir uns, glaube ich, in der größten Umbauphase seit der Nachkriegszeit.

Diese Chance sollten wir auf jeden Fall ergreifen. Das sind zentrale Sachen, aber auch dezentrale Sachen. Dazu gehören auch Projekte wie „Starke Veedel - Starkes Köln“, mit denen dezentral in die elf Sozialräume noch einmal Geld hineingegeben wird. Um diese historische Chance in Gänze zu sehen, muss man auch diese ganzen Projekte aufzählen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, was meine Hoffnung und mein Anliegen an alle Demokraten hier ist. Wir wissen, dass wir bei großen Projekten durchaus Niederlagen und Pleiten erleiden müssen. Gerade gab es wieder eine solche Niederlage. Es schmerzt

uns sehr, dass es an der Oper und am Schauspiel nicht in der Schnelligkeit, die wir uns alle wünschen würden, vorangeht. Auch bei der Verwaltung ist das, wie ich weiß, kein Phantomschmerz, sondern ein realer Schmerz.

Mein Wunsch ist aber, dass wir trotz aller Schwierigkeiten, die wir bei anderen Projekten haben, jetzt keinen Mehltau über alle anderen zukünftigen großen Projekte legen. Wir befinden uns in der Situation, dass wir jetzt handeln können. Diese Handlung müssen wir angehen. Wir müssen uns diesem Realisierungswettbewerb stellen und dürfen nicht bleischwer alle Projekte gegeneinander aufwiegen und sagen: Wir machen jetzt an dieser Stelle nichts mehr. - Das wäre das Schlimmste, was wir dieser Stadt antun könnten.

Ich bin davon überzeugt oder habe jedenfalls den Optimismus, dass die Stadt und auch dieser Rat die Kraft haben, alle diese Projekte in der gebührenden Form umzusetzen, und freue mich auf Ihre Zustimmung zu dem Änderungsantrag. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Danke schön, Frau Jahn. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Kölnische Stadtmuseum und das Römisch-Germanische Museum müssen dringend und schnell renoviert werden und in einen ordentlichen Zustand gebracht werden.

(Beifall bei der Linken)

Dazu gibt es seit 2011 einen Beschluss, mit dem 91 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. In einer Zeit, in der wir ansonsten sehr viel über das Sparen diskutieren, ist das eine ganze Menge Geld.

Sehr geehrter, geschätzter Kollege Frenzel, ich finde es schon ein bisschen merkwürdig,

wenn Sie hier von einer kleinen Differenz sprechen, obwohl Sie wissen, dass die Differenz zwischen der vernünftigen Herrichtung der Museen und der Realisierung der neuen Historischen Mitte mindestens 30 Millionen Euro beträgt.

(Beifall bei der Linken)

Hinzu kommt Folgendes, meine Damen und Herren: Jetzt sagen alle, alles werde damit gut. In Wirklichkeit ist es umgekehrt, glaube ich. Seit Jahren sind die beiden Museen in einem schlechten, teilweise desaströsen Zustand. Es ist wichtig, dass jetzt schnell gehandelt wird und keine aufwendigen Workshops und Verfahren mehr durchgeführt werden. Wir haben die Beschlüsse. Die Alternative, die die Stadtverwaltung vorlegt, sieht das so vor. So sollten wir das auch machen.

(Beifall bei der Linken)

Ich kann natürlich nachvollziehen, dass man es aus museumspädagogischer Sicht toll findet, wenn man ein Zentrum hat, wo die römische Kultur Kölns und die neuere Geschichte Kölns an einem Punkt zusammengefasst sind. Das ist klar. Man wäre ja bekloppt, wenn man das nicht als charmant darstellen würde.

Man muss aber auch sehen, dass das Zeughaus und die neue Historische Mitte zehn Minuten zu Fuß voneinander entfernt sind. Insofern wäre es unserer Meinung nach überhaupt kein Problem, sie gut zu verbinden.

Hinzu kommt, dass es für das Zeughaus überhaupt keine Nachnutzung gibt. In dem Änderungsantrag der neuen Supergrößerkoalition, hinter der sich jetzt anscheinend fast alle verbergen, auch die FDP, sehe ich, dass über eine kommerzielle Nachnutzung des Zeughauses nachgedacht wird. Das finde ich schon ein bisschen merkwürdig. Das Zeughaus ist ein Museum und ein öffentliches Gebäude. Wir sollten es nicht für irgendwelche kommerziellen Zwecke nutzen.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, es ist viel über die wachsende Stadt Köln gesagt worden. Darüber reden wir oft und haben wir heute auch wieder geredet. Diese wachsende Stadt Köln stellt uns vor riesige Herausforderungen, was die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum angeht und was einen entsprechenden Infrastrukturausbau angeht. Ich glaube, dass es für die Kölnerinnen und Kölner, die bereits bei uns wohnen und noch zu uns kommen, wesentlich drängendere Probleme gibt, als die neue Historische Mitte in dieser opulenten Form zu gestalten.

(Beifall bei der Linken)

Es tut mir leid; ich muss jetzt wieder den Kollegen Frenzel ansprechen, den ich eigentlich sehr schätze. Lieber Kollege Frenzel, man sollte nicht immer, auch gegenüber der Presse, so tun, als seien wir in Köln eine Metropole und müssten uns mit dem Louvre in Paris oder zumindest mit der Museumsinsel in Berlin messen. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass diese geringe Bescheidenheit uns häufig daran hindert, unser Augenmerk auf die realen Probleme in unserer Stadt zu lenken.

(Beifall bei der Linken)

Frau Gordes, Sie haben vorhin von dem Oberverantwortungshut gesprochen. Für diesen Hinweis bin ich Ihnen sehr dankbar. Die Damen und Herren aus den Fraktionen, die heute beschließen, sich ein neues Megaprojekt ans Bein zu binden, ohne andere Projekte auch nur halbwegs abgeschlossen zu haben,

(Beifall bei der Linken)

werden den Oberverantwortungshut tragen. Die Politik wird sich nicht dahinter verstecken können, dass sie sagt, die Verwaltung und die Gebäudewirtschaft hätten wieder nicht richtig gearbeitet; denn wir als Politik sind diejenigen, die die Beschlüsse fassen und teilweise die Verwaltung und ihre Einheiten auch ein Stück weit im Stich lassen. Das kann nicht gehen.

Ich appelliere an die neue Supergroßkoalition, die sich hier anscheinend bildet: Überdenken Sie das, was Sie hier beschließen

wollen. Fassen Sie nicht leichtfertig diesen Beschluss.

(Beifall bei der Linken)

Jetzt habe ich mich leider nicht an mein Konzept gehalten. Ich kann Ihnen aber nicht mehr zumuten, dass ich meine vorbereitete Rede hier noch in Gänze halte; das weiß ich.

Ich möchte nur noch einen kleinen Hinweis geben. Wenn Sie schon so ein Projekt wie die neue Historische Mitte unbedingt vom Zaun brechen wollen, dann gucken Sie doch einmal, welchen Namen Sie diesem Projekt geben. Der Ort, von dem Sie reden, ist nämlich nicht die historische Mitte Kölns. Die historische Mitte Kölns ist, wenn man sich auf das römische Köln bezieht, in etwa da, wo heute SportScheck und Kaufhof sind, und wenn man auf das mittelalterliche Köln abstellt, bei St. Maria im Kapitol.

Damit möchte ich meine Rede beenden und noch einmal an die Verantwortung der Supergroßkoalition appellieren. Machen Sie kein neues Großprojekt, das Sie nicht abschätzen können.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Weisenstein. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich für Deine Freunde den Äußerungen meines Vorredners Michael Weisenstein von den Linken nur voll und ganz anschließen. Ich halte es für absolut absurd, dass wir uns heute hier auf so ein neues, wie er es genannt hat, Megaprojekt einlassen.

Mir fällt gerade im Kulturbereich derzeit kein Projekt ein, bei dem Köln stolz auf einen gelungenen Abschluss hinweisen könnte. Ich denke zum Beispiel an die Rheinfuertreppe. Mit welchen Kosten ist man gestartet, und was hat sie am Ende gekostet? Beim Stadtgedächtnis, also beim neuen Historischen

Archiv, wissen wir das noch nicht ganz genau. Aber auch bei Oper und Schauspiel ist es uns leider nicht gelungen - etc. pp.

Es ist wirklich abenteuerlich, dass man sich darauf einlässt. Mir ist schon klar, dass das heute kein Baubeschluss ist. Es ist aber schon vollkommen klar, dass Sie sich damit auf ein neues Desaster einlassen.

Wenn es später ans Bezahlen geht, wird es tatsächlich interessant sein, Michael, zu sehen, ob die beschließenden Damen und Herren dann weiterhin zu ihrer Verantwortung stehen, die sie heute dafür übernommen haben.

(Beifall bei Deinen Freunden und der Linken)

Kirsten Jahn hat vorhin von dem Mehltau über der Stadt gesprochen, den sie nicht haben möchte, und ausgeführt, dass wir hier glänzende neue Meilensteine in der städtebaulichen Geschichte brauchen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: So habe ich das nicht gesagt!)

Ich glaube, dass der Mehltau über der Stadt liegt, weil wir kein Geld für wirklich innovative Projekte haben, seien sie im sozialen Bereich, seien sie im kulturellen Bereich, gerade für die freie Szene. Dafür ist überhaupt nirgendwo Geld da. Für ein solches Mega-projekt im dreistelligen Millionenbereich - weiß der Kuckuck, wo man letztendlich landen wird - ist aber Geld da.

Auch wenn ich mich gleich wieder dem Vorwurf ausgesetzt sehen muss, man wolle Kultur gegen Soziales ausspielen oder kulturelle Institutionen in Köln gegeneinander aufhetzen oder Ähnliches: Man muss schon darüber reden, wie eigenartig es ist, dass bei diesen ganzen Entwürfen und Beschlüssen, in welche Richtung das auch immer gehen mag, ein Gesamtkonzept, wo Köln als ganze Stadt eigentlich hinwill, nicht erkennbar ist.

(Beifall bei Deinen Freunden und der Linken)

Wir stürzen uns mit dreistelligen Millionen-summen in ein neues Projekt. Gleichzeitig wissen wir nicht, wie wir mit den Rändern unserer Stadtgesellschaft umgehen.

(Beifall bei Deinen Freunden und der Linken)

Wir haben 15 Prozent Wahlbeteiligung in Chorweiler gehabt. Da bin ich auch nicht unbedingt einer Meinung mit Ihnen, Frau Scho-Antwerpes. Meines Erachtens läuft in Köln nicht alles rund. Ich finde nicht, dass wir überall stabil genug aufgestellt sind. Wir müssen gerade auch in diesen Bereichen mehr Geld in die Hand nehmen, damit wir wirklich einen dauerhaften sozialen Frieden in Köln erreichen und auch wieder mehr Menschen für Demokratie und auch für unseren Rat und unsere Beschlüsse hier begeistern können.

Dieser Beschluss wird bei den Leuten, die kein Geld in der Tasche haben, nur auf Kopfschütteln stoßen.

(Beifall bei Deinen Freunden und der Linken)

Das muss man hier auch deutlich zu Protokoll geben.

Aber auch in Bezug auf den Kulturretat müssen wir uns überlegen, wenn wir bei der Kulturpolitik mittel- und langfristig denken - wir haben das auch bei anderen Projekten schon diskutiert -: Wo wollen wir hin?

Es ist absurd und bleibt absurd, dass wir weiterhin für kleinste Beträge zugunsten der freien Szene kein Geld haben und alles immer wieder ablehnen, aber gleichzeitig heute einen Beschluss fassen, mit dem wir in die Richtung kommen, 130 Millionen Euro - oder wie viel auch immer - für ein solches Projekt auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei Deinen Freunden und der Linken)

Das geht nicht zusammen. Es ist auch gegenüber den anderen Institutionen, die wir schon fördern, eigenartig, wenn wir ihnen gleichzeitig sagen: Euer Sanierungsstau tut uns zwar leid; wir haben für euch aber auch

kein Geld, weil wir in diversen Bauprojekten, die gerade laufen, noch Mehrkosten haben und zufälligerweise jetzt auch noch ein neues Fass aufmachen.

Es tut mir sehr leid, dass Sie diesen Beschluss heute fassen werden. Wir werden das Ganze natürlich weiterhin kritisch begleiten. Vielleicht werden Sie ja später, wenn es dann an einen Baubeschluss geht, wieder den Mumm haben, die Sache zurückzuholen und zu einer kostengünstigeren Variante zurückzukehren. - Vielen Dank.

(Beifall bei Deinen Freunden und der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. Ich möchte Ihnen nur noch Folgendes mit auf den Weg geben: Vorhin habe ich an einer Stelle die Verwaltung sehr gelobt und in Schutz genommen, aber nicht behauptet, hier lief alles rund. - Wir kommen zur nächsten Wortmeldung. Herr Henseler, bitte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Er begründet jetzt die Dringlichkeit seines Antrags zum Kalkberg! - Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.]

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Den Bogen zum Kalkberg baue ich auch noch irgendwie ein, Herr Weisenstein; das sage ich Ihnen zu.

Wenn man genau zuhört - dabei denke ich vor allen Dingen an die Ausführungen von Frau Jahn, die gesagt hat, dass es wunderbar ist, dass die Stadt sich in der jetzigen Situation vornimmt, derartige Projekt zu stemmen, und dass sie froh ist, dass sie die Verantwortung dafür übernimmt, aber auch an andere Beiträge -, merkt man schon, dass eine gewisse Skepsis deutlich wird. Das merkt man schon. Man muss da quasi zwischen den Zeilen lesen. Der Hurra-Patriotismus, mit dem diejenigen, die vielleicht einmal auf die Risiken hingewiesen

haben, bei vorherigen Projekten abgebügelt worden sind, wird schon kleiner.

(Beifall bei der Linken)

Der Hurra-Patriotismus wird schon kleiner. Das kann man registrieren. Man merkt, dass er etwas gedämpft ist. Die Protagonisten sind sich also nicht mehr ganz so sicher.

Da haben Sie auch recht, meine Damen und Herren. Sie sollten auch nicht so sicher sein. Wir haben das alles schon hin und her diskutiert. Trotzdem will ich Sie nicht aufhalten.

Ich will hier allerdings drei Punkte zu Protokoll geben, weswegen wir als Freie Wähler dieses Projekt in der sich jetzt abzeichnenden Form nicht mittragen können - wobei ich ausdrücklich sage, dass ich zwei Verbesserungen sehe.

Die erste Verbesserung war der FDP-Antrag. In der ersten Diskussionsrunde, an der ich teilgenommen habe, lag er noch nicht vor. Ich habe mich schon damals für die Freien Wähler gegen dieses Projekt ausgesprochen - das erste Mal, als ich davon gehört habe, im Kulturausschuss und anschließend im Stadtentwicklungsausschuss. Ich bedaure, dass Sie diesen Antrag zurückgezogen haben.

Die zweite Verbesserung ist der Größtkoalitionsantrag, den ich auch gar nicht so schlecht finde.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir machen nur gute Sachen! - Weitere Zurufe)

- Ja. - Der Größtkoalitionsantrag ist an einigen Punkten Ausdruck dieses gedämpften Hurra-Patriotismus. Die Protagonisten haben also an verschiedenen Stellen schon eine richtige Skepsis.

Diese Skepsis ist auch berechtigt. Ich nenne jetzt drei Gründe, warum.

Erstens: Bauverwaltung. Das ist alles schon gesagt worden. Wir haben in dieser Stadt zurzeit keine funktionierende Bauverwaltung. Ich trete da niemandem zu nahe, sondern greife nur ausdrücklich das auf, was man bundesweit hört. Hin und wieder fällt

uns ein Archiv in einen U-Bahn-Schacht. Der Kalkberg - jetzt kommt der Kalkberg, Herr Weisenstein - wird noch richtig teuer; glauben Sie mir. Sie werden sich wundern. Wenn wir in der nächsten Ratssitzung darüber diskutieren, werden Sie sich wundern, wie teuer das wird. Gerade hören wir auch die Alarmmeldungen aus dem Opernbereich.

Wir haben das Problem, dass wir nicht wissen, wo und wie in dieser Bauverwaltung wer wann wofür verantwortlich ist. Frau Gordes, Sie haben gerade von dem Oberverantwortungshut gesprochen. Herr Weisenstein hat das noch einmal unterstrichen. Dieses Wort des Jahres werden Sie nicht mehr los, Frau Laugwitz-Aulbach. Aber sehen Sie es gelassen.

Wir müssen zukünftig klären, wer in unserer Bauverwaltung eigentlich die Verantwortung hat. Wir müssen auch von hier aus einen Zugriff auf den Verantwortlichen haben. Und wir dürfen nicht nur über Verantwortung reden. Verantwortung heißt auch, dass die Verantwortlichen im Zweifelsfall auch dafür einstehen. Es nutzt nichts, wenn jemand zwar sagt, er sei verantwortlich, aber ansonsten die Tür zumacht und im Wochenendurlaub oder sonst wo ist.

(Beifall bei der FDP)

Wer verantwortlich ist, muss auch dafür einstehen. Das hätte ich gerne einmal geklärt.

Ich bin gleich durch. Ich habe nur noch zwei Punkte.

Zweitens: Geld. Wir haben keinen genehmigten Haushalt. Ich habe auch große Zweifel, ob die Bezirksregierung ihn ohne Weiteres genehmigen wird - trotz der heutigen Beschlüsse. Im Finanzausschuss haben wir gehört, welche Lücken wir haben. Zum einen kommen 35 Millionen Euro auf uns zu. Zum anderen ist mit Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer zu rechnen. Wahrscheinlich wird sich das auf eine Größenordnung von über 100 Millionen Euro summieren.

Und in dieser Situation sagen wir einfach fröhlich: Was soll es denn? Ob ein Projekt 114 oder 140 Millionen Euro kostet, kann für

uns doch kein Thema sein. - Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, heute ist auch nicht der Elfte im Elften; der war gestern, wenn ich mir diesen Hinweis erlauben darf.

Drittens. Als letzten Punkt will ich jetzt noch in aller Zurückhaltung ein museumspolitisches Problem ansprechen. Das ist mir wichtig. Ich habe es ja auch immer gerne, wenn die beiden Museumsdirektoren ein bisschen wie Plisch und Plum gemeinsam im Kulturausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss auftauchen und Ihnen sagen, wo es langgeht, und auch die Stadtentwicklungspolitik betreiben wollen. Das finde ich alles richtig.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich aber über eines klar werden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Henseler, die Uhr ist abgelaufen. Im Übrigen möchte ich noch einmal das wiederholen, was ich eben schon - -

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Frau Bürgermeisterin, Sie haben mich - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt rede ich; sonst schalte ich das Mikrofon ab.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Ja; ich weiß, dass Sie da so rigoros sind.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse es nicht zu, dass Sie an dieser Stelle erneut die Verwaltung in Misskredit bringen.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Nein, ich bringe die Verwaltung gar nicht in Misskredit.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wie Plisch und Plum sind gerade diese beiden Museumsdirektoren nicht.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Das ist ganz freundlich gemeint, Frau Bürgermeisterin.

Letzter Punkt: Wir haben 1 Million Besucher bei Sonderausstellungen. Wenn Sie den *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen haben, wissen Sie, dass diese Sonderausstellungen kaum finanziert sind. Sie sind nicht finanziert, weil in Museen - wenn Sie ein bisschen Ahnung vom Museumsbetrieb haben, wissen Sie das - nur dann etwas läuft, wenn sie vernünftige Sonderausstellungen haben. Die Dauerausstellung ist irgendwann durch. Um sich eine Dauerausstellung anzugucken, kommen keine Touristen und keine Besucher.

Durch den neuen Standort werden Sie möglicherweise die Besucherzahlen des Kölnischen Stadtmuseums erhöhen. Aber das führt zu einer Kannibalisierung der anderen Museen und auch der anderen Dauerausstellungen, weil es keine zusätzlichen Besucher gibt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Satzende jetzt.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Ich bin durch.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gut. - Danke schön, Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Letzter Satz.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nein.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Sie werden ja noch einen Beschluss fassen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ja. Wir stimmen jetzt ab. Sie können ja mit abstimmen.

(Das Mikrofon am Rednerpult wird ausgeschaltet)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Das sind Die Linke., Herr Henseler, die AfD, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag so beschlossen.

Dann stimmen wir über die ursprüngliche Vorlage in der eben veränderten Fassung ab. Wer ist dagegen?

(Bernd Petelkau [CDU]: Dafür! Wir wollen positiv abstimmen!)

- Wollt ihr positiv abstimmen? Gut. Also in Bewegung: Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind Die Linke., die AfD, Deine Freunde und die Piraten. - Über die Alternative müssen wir jetzt nicht mehr abstimmen.

Vor dem Aufruf von TOP 10.12 darf ich die Sitzungsleitung an meinen Kollegen Hans-Werner Bartsch übergeben.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verabschieden Elfi Scho-Antwerpes und wünschen ihr einen guten Flug nach Berlin.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Baubeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Haltestelle Vingst mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-8-7114, Hst. Vingst - Einbau von Aufzügen
1788/2015**

Wir stimmen ab wie der Finanzausschuss, der einstimmig zugestimmt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Sie werden gerade fotografiert! Gucken Sie in die Kamera, Herr Bürgermeister!)

- Ja. - Jetzt ist das auch erledigt. Gut.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Dauerhafte Fortführung der Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger in sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung) für die Stadt Köln 2258/2015

Wir stimmen hier wie AVR ab.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus und 4 Sportübungseinheiten für die Bedarfe der Berufskollegs 10, 17, 18 und 19 am Standort Eitorfer Str. 16-22, 50679 Köln (Deutz) 2474/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir auch darüber ab. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Errichtung eines Erweiterungsbau- es für Ganzttag sowie Neubau einer Einfachturnhalle des Rheingymnasiums, Düsseldorfer Straße 13, 51063 Köln -Baubeschluss- 2504/2015

Wir stimmen ab wie BV 9, Anlage 11.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Halberstadt-Kausch.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach der eben geführten leidenschaftlichen Debatte über das großartige Projekt Historische Mitte, das wir erfreulicherweise auf den Weg gebracht haben, habe ich es jetzt sicherlich schwer damit, zum Kleinklein des Tagesgeschäfts - sprich: der Schulbauten oder auch Baustandards - zurückzukommen.

Wie Sie wissen, ist die SPD-Fraktion, was die Baustandards angeht, ein großer Verfechter des wirtschaftlichen Standards. Wir haben da auch schon manchen Strauß mit den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen ausgefochten.

Ich möchte Ihnen kurz erläutern, warum wir dieses Mal von unserer Linie abweichen.

Die Vorlage hat schon eine längere Vorgeschichte. Der Planungsauftrag für die nötige Erweiterung, damit die Schule, die im gebundenen Ganzttag arbeitet, eine Mensa und eine neue Turnhalle erhält, wurde bereits 2009 erteilt. Seither wartet die Schule.

2010 gab es dann den Beschluss, für Erweiterungs- und Neubauten den Passivhausstandard anzuwenden. Dieser Beschluss wurde zwar später zugunsten des wirtschaftlichen Standards revidiert. Die bis dahin erstellte Entwurfsplanung auf Grundlage von EnEV 2009 wurde nun aber grundlegend zum Passivhausstandard hin überarbeitet. - Das war Umplanung Nummer eins.

Im weiteren Planungsverlauf musste dann noch eine Reihe von Problemen gelöst werden. Das Grundstück ist ja sehr eng. Es gibt dort eine Platane, die unter Naturschutz steht. Sie hat die Planung erheblich erschwert und vor allem auch verteuert.

Nun liegt die Planung vor. Der Baubeschluss kann erfolgen. Nur: Die wirtschaftliche Variante, die die Verwaltung uns vorschlägt, basiert auf EnEV-2009- bzw. -2014-Standard.

Die vorliegende Planung ist aber im Passivhausstandard erfolgt. Es müsste also noch einmal umgeplant werden.

Das wäre dann Umplanung Nummer zwei bei diesem Projekt. Dadurch entstünden laut Verwaltung Kosten von rund 120 000 Euro und eine Zeitverzögerung von drei Monaten.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Mindestens!)

Wer die Realität und die Personaldecke der Gebäudewirtschaft kennt, weiß aber, dass realistischerweise mindestens ein halbes Jahr - oder auch länger - zu veranschlagen ist.

Wir wissen auch, dass jede Verzögerung zusätzliches Geld kostet, weil die Baupreise nun einmal steigen.

Zudem wird durch eine erneute Umplanung auch Personal der Gebäudewirtschaft gebunden, das an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden kann. Wie Sie wissen, gibt es zahlreiche Planungsaufträge - wir haben gerade beim vorigen TOP noch einen solchen Auftrag beschlossen -, die abgearbeitet werden müssen.

Die Schuldezernentin, Frau Dr. Klein, hat in einer der letzten Sitzungen gesagt, wir sollten nicht immer nur planen und umplanen, sondern müssten auch endlich einmal bauen. Dem schließen wir uns an.

Deshalb votieren wir an dieser Stelle - ich sage bewusst: ausnahmsweise - für die Alternative Passivhausstandard, also so wie die BV Mülheim.

Wenn ich nun hoffe, dass dieses Votum für den Passivhausstandard hier eine breite Mehrheit findet, geht gleichzeitig mein Appell an die Verwaltung. Wir ersparen Ihnen damit eine erneute Umplanung. Sichern Sie uns im Gegenzug eine zügige Umsetzung zu, damit das Rheingymnasium möglichst bald aus dem Provisorium herauskommt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Frau Halberstadt-Kausch. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2016
2793/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Die Punkte 10.17 und 10.18 haben wir schon behandelt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2016
2918/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann kommen wir hier zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) Köln - Einrichtung eines Konsultationskreises zur Begleitung der Umsetzung des EHZK
1986/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte darum bitten, dass wir hier wie Stadtentwicklungsausschuss abstimmen.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir hier wie Stadtentwicklungsausschuss ab.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Bedarfsgerechter Ausbau der Integrationskurse für Asylbewerber und Flüchtlinge durch die VHS Köln
2830/2015**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Fortführung des Hausmeister- und Sicherheitsdienstes in den Einrichtungen für obdachlose Personen und den Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
2994/2015**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

**10.23 Erhalt des denkmalgeschützten Ratsschiffes „MS Stadt Köln“ und Überlassung an den Förderverein „Verein der Freunde und Förderer des historischen Ratsschiffes MS Stadt Köln“ e. V.
3214/2015**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Bürgermeister, die Freien Wähler hätten gerne, dass Sie über die Alternative 1

abstimmen lassen; denn wir würden gerne die Alternative 1 unterstützen.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage? - Herr Henseler. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist sie angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2014 der Beihilfekasse
2711/2015**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Aufwandsermächtigung für vorbereitende Arbeiten zur geplanten Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) „Starke Veedel - Starkes Köln“ in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014-2020
2901/2015**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Sanierung des Offenbachplatzes und Umgestaltung der umliegenden Straßen
hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Umgestaltung der Straßen um das Opernhaus, Finanzstelle 6601-1201-1-1042
2953/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit einstimmig so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.27 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

10.28 Weiterführung und Ausbau des Netzwerkes Frühe Hilfen in Köln gemäß „Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)“ - Art. 1 Bundeskinderschutzgesetz (BKISchG) sowie die weitere Ausgestaltung und Mittelverwaltung der Bundesinitiative 2750/2015

Gibt es Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich hierüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist auch einstimmig so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.29 ist zurückgezogen worden.

Unter Punkt 11 haben wir nichts.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7241/02
Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven
1022/2015**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich hierüber abstimmen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63451/02
Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld
1625/2015**

Wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von Deinen Freunden. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das mehrheitlich so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 62452/02
Arbeitstitel: Braunsfelder Markt in Köln-Braunsfeld
2571/2015**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Beschluss über die Aufstellung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7045/02
Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße in Köln-Kalk
2999/2015**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das mehrheitlich so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

**12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69450/08-000-02
Arbeitstitel: Erna-Scheffler-Straße in Köln-Kalk
2962/2015**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Unter den Punkten 13, 14 und 15 haben wir nichts vorliegen.

Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Im Langen Bruch/Bruchfeld von Im Langen Bruch 19 bis Bruchfeld 22 in Köln-Brück 2209/2015

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2324/2015

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

16.3 247. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2425/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Mitteilung über die Umbesetzung der Pflichtmitglieder der Bundesagentur für Arbeit im Jugendhilfeausschuss 2539/2015

Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 2632/2015

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 2759/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das ist so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 3000/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der Gruppe Deine Freunde hier: Umbesetzung von Ausschüssen AN/1507/2015

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 2776/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Verbandsausschuss

**Zweckverband „Naturpark Rheinland“
3129/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Der Antrag unter TOP 17.8 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Sportausschuss
AN/1691/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Umbesetzung in den Ausschüssen
AN/1692/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

**17.11 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Verkehrsausschuss
AN/1712/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.12:

**17.12 Zweckverband Sparkasse Köln-Bonn, hier: Wahl eines Mitglieds
3133/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.13:

17.13 Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes

**Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Verbandsversammlung
3139/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.14:

**17.14 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Ausschuss Umwelt und Grün
AN/1722/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Verlängertes Interim der Bühnen Köln, überarbeitete Version
2756/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die FDP, Herrn Henseler, die AfD und die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2015
2960/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

18.3 Überplanmäßige Aufwendungen in den Teilergebnisplänen 0201 - Allgemeine Sicherheit und Ordnung, 0202 - Gewerbewesen, 0204 - Ver-



**kehrs- und Kfz-Wesen, 0205 - Verkehrsüberwachung und 0209 - Ausländerangelegenheiten
3088/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch so beschlossen.

Hiermit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Ratssitzung. Ich darf mich bei unseren Gästen und der Presse herzlich bedanken und ihnen einen schönen Abend wünschen.

(Schluss: 19.33 Uhr)